

Bezugspreis: Für den Monat Februar 2000 M. voraus schlat. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 3000 M., für das übrige Ausland 4000 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Letland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Doppelseite kostet 600 M. Kleinanzeigen das fertige Wort 150 M. (zuzüglich zwei fertige Wörter) jedes weitere Wort 100 M. Stellenangebote das erste Wort 100 M., jedes weitere Wort 70 M. Moris über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 150 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S-B. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 13. Februar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction der Dietrichs-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Eberts Rede in Karlsruhe. Gegen die Reichszerrümmung.

Im Anschluß an die Sitzung der badischen Staatsregierung, an der der Reichspräsident und die ihn begleitenden Reichsminister teilgenommen haben, fanden Besprechungen mit Vertretern aus dem besetzten Gebiet, Vertretern der Presse usw. statt. Nachmittags versammelten sich im Festhallensaal etwa 500 Vertreter der Behörden, die Führer der politischen Parteien, der Wirtschaft, der Berufsverbände, der Gewerkschaften, der Industrie, des geistigen und kulturellen Lebens des Landes. Nach Begrüßung und Ansprachen des Staatspräsidenten und des Oberbürgermeisters hielt der Reichspräsident folgende Ansprache:

In dieser Zeit neuer schwerer Nöte unseres Vaterlandes und unserer gemeinsamen engeren Heimat habe ich das lebhafteste Bedürfnis empfunden, hierher in das Badener Land zu kommen und gemeinsam mit dem Reichsminister des Innern und dem Reichsschatzminister mit den berufenen Vertretern des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens Fühlung und Aussprache zu suchen.

Unter dem Dämantel der Ausführung des Friedensvertrages haben unsere Gegner

trotz unseres durch die Tat befundeten guten Willens die Jahre seit dem Waffenstillstand zu einem qualvollen Leidensweg gemacht. Was Frankreich und mit ihm Belgien aber jetzt unternehmen haben, ist beispiellose schändliche Gewalttat, die den Friedensvertrag offen verliert, die Rechte der Völker wie der Menschen mit Füßen tritt und mit allen Mitteln militärischer Gewalt Krieg führt gegen wehrlose Männer, Frauen und Kinder. Deutsches Land, von deutschem Volk bewohnt, bearbeitet und genutzt seit Tausenden von Jahren, ist von fremden Truppen

in willkürlichem Mißbrauch der Macht besetzt worden, das Ruhrgebiet unter dem Vorwand, Deutschland sei mit einigen Prozenten der uns diktierten unerfüllbar hohen Kohlenlieferungen im Rückstande, badisches Gebiet mit der seit Jahren Begründung, Deutschland habe zwei internationale Lufzuzüge eingestellt. Kann man sich einen schärferen Hohn auf das Völkerrecht denken als diese Begründung? Um einige tausend Tonnen Kohlen mehr zu bekommen, setzt man gegen die Bergarbeiter der Ruhr ein kriegsmäßig ausgerüstetes Heer in Bewegung, das Gewalttat und Bedrückung in ein friedliches, fleißig schaffendes Land trägt; wegen zwei Lufzuzügen, die aus Gründen der Kohlenersparnis ausfielen, wird das schöne und fruchtbare Land am Hange des Schwarzwaldes unter französische Bajonette gebracht! Wo bleiben da Recht und Freiheit.

wo bleiben Menschen- und Völkerrechte, von denen jenseits des Rheines während und nach dem Kriege soviel die Rede war? Ist das der Sinn des Diktats von Versailles, daß jede der Siegermächte das ohnmächtig gemachte Deutschland willkürlich dergewolligen und knechten kann? Gegen diesen Gewaltakt erheben wir hier erneut vor dem deutschen Volke und vor der ganzen Welt feierlichen Protest. Voll Empörung protestieren wir gegen das, was an der Ruhr geschehen ist und was in den jüngsten Tagen über badisches Land hereingebrochen ist; wir legen Verwahrung ein gegen die Blutthat, die körperliche und geistige Bedrückung und Bedrängung einer friedlichen, arbeitsamen und hart duldenden Bevölkerung, wir rufen die Welt zum Zeugen dessen an, was tagtäglich an Handlungen der Brutalität, an Akten unmenschlicher Willkür in dem besetzten Gebiet geschieht.

Uns Deutschen aber, die wir alle Söhne einer Muttererde und eines Vaterlandes sind, ist es

heilige Pflicht, zusammenzutreten mit unseren unterdrückten Brüdern und Schwestern, ihnen Hilfe zu bringen, wenn sie es ablehnen, den Eindringlingen Skandendienste zu leisten, ihnen zu helfen, die harten Tage der Fremdherrschaft zu überwinden. Mit Gefühlen tiefer Dankbarkeit gebeten wir der Beamten, der Arbeiter und der Unternehmer, die in aufopfernder Treue ihre Freiheit und ihre Existenz eingesetzt haben und täglich neu einsehen, um die gegnerischen Anschläge zu vereiteln. Was sie damit für das deutsche Volk getan haben, wollen wir ihnen nie vergessen! In diesen Tagen, wo fremde Gewalt in unser Land hereingebrochen ist, muß alles zurücktreten, was an Weltanschauung und politischer Ansicht uns trennt. Die Opferwilligkeit, die sich in den Spenden zur Ruhrhilfe so glänzend bekundet, soll auch unser Handeln und Denken beherrschen; wir müssen persönliche Gefühle und Interessen unterordnen dem Großen und Ganzen, dem deutschen Schicksal.

Dem badischen Volke, gegen das sich der jüngste Einbruch und neue Bedrohung unserer Gegner richtet, gilt heute im besonderen unser Gruß. Wir vertrauen, daß es in der gleichen besonnenen Ruhe und zielbewußten Festigkeit wie unsere Brüder am Rhein und an der Ruhr dem Unwetter Trotz bietet. Der Schlag, der hier gegen uns geführt wird, richtet sich gegen das Höchste, was wir aus dem Krieg und Zusammenbruch gerettet haben,

gegen die Einheit des Reiches; auch er wird — dessen sind wir gewiß — zerschellen am festen Willen und der sicheren Treue des badischen Volkes; die Zeiten, wo man Nord und Süd in Deutschland trennen konnte, sind vorbei; unerschütterlich ist allen Deutschen das Bewußtsein, Söhne eines Volkes und Glieder eines Reiches zu sein, nie wird fremde Ge-

walt das trennen, was Rasse, Sprache und Kultur in harter Geschichte zusammengeschmiedet hat. Jeder Deutsche ist sich heute des Ernstes der Stunde bewußt; jeder von uns weiß, es geht um die Zukunft des Reiches,

um den Bestand der deutschen Republik.

Wenn wir in diesen Schicksalstagen alle Kräfte zusammenschließen, werden wir auch dieser Anschläge auf unser nationales Leben Herr werden; in dieser entschlossenen, zähen Abwehr erhoffen und erwarten wir — trotz allem — eine bessere Zukunft unseres schwer geprüften Volkes im Bewußtsein unserer Einigkeit und unseres Rechts, im Kampf um unsere Freiheit!

Es sprachen dann der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber, die Oberbürgermeister von Karlsruhe und Offenburg, Oberamtmann Schaibele für den badischen Beamtenbund und zum Schluß Reichsminister Dezer, alle im Sinne der entschlossenen Durchführung des gewaltlosen Widerstandes.

Karlsruhe, 12. Februar. (W.B.) Die Karlsruher Bevölkerung, Arbeiter, Bürger und Studentenschaft, brachten heute abend dem Reichspräsidenten auf dem Schloßplatz eine Kundgebung dar. Nach einem Wiederovortrag durch die vereinigten Gesangsvereine richtete Bürgermeister Sauer an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er erneut der Freude der Karlsruher Bevölkerung über den Besuch des Reichspräsidenten und der Reichsminister sowie der unerlöschlichen Treue der Stadt zum Reich Ausdruck gab. Redner schloß mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten, das begeistert aufgenommen wurde. Der Reichspräsident richtete hierauf einige Worte an die Menge, indem er darauf hinwies, daß diese machtvolle, aus eigenem Antrieb entstandene Kundgebung ein leuchtendes Zeichen des entschlossenen Willens zur Abwehr sei und die alle Schichten der Bevölkerung umfassende Einigkeit beweise. Wir müssen, sagte der Reichspräsident, gegen einen mit allen militärischen Mitteln ausgerüsteten Gegner den Kampf als wehrloses Volk führen

nur mit den Waffen des Rechts, des Geistes und der Arbeit. Hierzu brauchen wir Einigkeit und die Mitarbeit aller. Nur als einiges Volk mit einigem Willen können wir das Ziel erreichen, das da heißt:

Freiheit und Zukunft unseres Volkes. Der Reichsanstler schloß mit dem Rufe: Lang lebe Deutschland! der begeistert von der Menge aufgenommen wurde. Unter dem Gesang des Deutschlandsliebes schloß die Feier.

Die Ministerreisen ins Ruhrgebiet.

Antwort der Reichsregierung auf das Einreiseverbot.

Der Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

Die deutsche Botschaft beehrt sich, dem Außenministerium auf die Verbalnote vom 10. Februar betreffend Reisen deutscher Minister ins Ruhrgebiet auftragsgemäß zu erwidern, daß die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Länder es ablehnen, Vorschriften über das Verhalten ihrer Minister von fremden Regierungen entgegenzunehmen.

Der Geschäftsträger in Brüssel ist angewiesen worden, der belgischen Regierung eine entsprechende Note zu übergeben.

Der Zwischenfall von Gelsenkirchen.

Ueber den von uns bereits kurz berichteten Vorfall zwischen deutschen Schupo-Beamten und französischen Offizieren berichtet W.B. aus Gelsenkirchen unter dem 12. Februar ausführlich:

Heute früh 7 1/2 Uhr kam aus der Richtung Redlinghausen durch die hiesige Hochstraße ein deutsches Auto, das von einem deutschen Chauffeur geführt wurde und in dem zwei französische Gendarmerieoffiziere saßen. Das Auto keine beleuchtete Schlußnummer hatte (es war noch sehr dunkel), hielt ein in der Hochstraße postierter Polizeibeamter das Auto an. Die Offiziere sprangen aus dem Wagen, riefen dem Schupo-Polizisten: Hände hoch! zu und entwaffneten ihn trotz seines Widerpruchs. Mittlerweile war von privater Seite die etwa 50 Schritte von dieser Stelle entfernte Polizeiwache alarmiert worden, welche darauf eine Anzahl Beamte entsandte. Plötzlich erhob der eine französische Offizier seine Pistole und schoß dem vor ihm stehenden Oberwachmeister Hulmayer zweimal in den Hals. Der erste Schuß war ein Durchschuß, der zweite ein Steckschuß. Die beiden Franzosen und auch der Chauffeur liefen sodann davon und erhielten von den anderen Polizeibeamten Schüsse, von denen einer einem Franzosen in den Leib und ein anderer dem zweiten Franzosen in die Schulter drang. Die beiden Franzosen wurden in das katholische Krankenhaus gebracht, während der Polizeibeamte in dem evangelischen Krankenhaus untergebracht wurde, wo man ihm einer Operation unterzog. Mit seinem Auskommen ist nicht zu rechnen.

Dieser Zwischenfall hat in der Stadt große Aufregung hervorgerufen.

Frankreichs neue Taktik.

Der Druck auf den Magen.

Dortmund, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Heute erklärte ein ausländischer Journalist, der mit den Franzosen äußerst gute Fühlung hat: „Die maßgebenden Franzosen haben sich damit abgefunden, daß sie auch in den kommenden vier Wochen große produktive Vorteile aus dem Ruhrgebiet nicht erhalten.“ Stellt man diesen wohlüberlegten Satz in Zusammenhang mit den bisher bereits ergriffenen und neu angekündigten Okkupationsmaßnahmen dann ergibt sich, daß die französische Besetzung ihre Aufgabe gleichzeitig als ein Problem technischer und psychologischer Art betrachtet. Die Franzosen und Belgier haben nach meinen Feststellungen die Hoffnung endgültig aufgegeben, das Ruhrgebiet durch eigenes Personal ebenfowenig aber durch direkte Gewaltmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung produktiv zu gestalten und zielen deshalb jetzt darauf hin, durch die Anwendung technischer Maßnahmen die seelische Zermürbung der Widerstand leistenden Arbeiterklasse herbeizuführen.

Die Kohlen Sperre ist jetzt vollständig. Der Abtransport von Kohle in das Innere Deutschlands, wie er noch in den letzten Tagen, teilweise bis zu 30 000 Tonnen pro Tag, erfolgte, ist unterbunden. Die besetzten Wagen werden zu ihrem geringsten Teil von französischen Eisenbahnern abtransportiert; der Rest verbleibt im Innern des Industriegebiets. Mit dem Erlahmen des Abtransports in das Innere Deutschlands ist naturgemäß die Produktionsförderung automatisch zurückgegangen; denn unsere Bergarbeiter lehnen es ab, für die Franzosen und Belgier unter Bajonetten zu fördern. Statt Kohle zu produzieren, machen sie in einzelnen Gruben, deren Halben überfüllt sind, Aufbesserungsarbeiten.

Das macht der Besetzung vorläufig keine Kopfschmerzen. Die Franzosen wissen, daß sie ihr Heil bei den Bergarbeitern vergeblich versuchen müssen und sehen deshalb die drückenden Hebel zunächst an anderer Stelle an. Zurzeit ist nur noch eine Hauptstrecke für Lebensmitteltransporte aus dem Innern Deutschlands frei. Die Verpflegung für die Bevölkerung muß deshalb zum größten Teil durch Autokolonnen herangeschafft werden, stellenweise hat man schon den Versuch gemacht, diese Zufuhr durch Beschlagnahme von Lastautos zu unterbinden. Neuerdings fordern die Franzosen die Inbetriebnahme eines Teils des Essener Hauptbahnhofes durch eigenes Personal. Zweck dieses Planes, der am Dienstag zur Ausführung gelangen soll, ist natürlich, auch die letzte Zufahrtstrecke durch Provokationen unserer Eisenbahner brachzulegen. Damit würde sowohl das Ruhrgebiet, wie auch das Wuppertal verkehrstechnisch vom Innern Deutschlands abgeschnitten sein.

Zu dem Versuch, die Lebensmittelversorgung unter militärischen Vorwänden systematisch zu unterbinden, kommt jetzt das Verbot der Ausfuhr metallurgischer Produkte, dem, wie ich zuverlässig erfahre, das Verbot der Ausfuhr von Rohmaterialien für die weiterverarbeitende Industrie aus Deutschland gegebenenfalls bald folgen soll. Diese Maßnahmen müssen schließlich zu einer Arbeitseinstellung führen, was dank des Geschehens der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände bisher verhindert werden konnte, trotz Kommunisten und trotzdem die Zufuhr von Rohmaterialien durch die Sperrmaßnahmen der Besetzung stark eingeschränkt war. Daß umfangreiche Betriebseinstellungen den französisch-belgischen Absichten nur dienen können, braucht hier nicht erörtert zu werden.

Aber damit noch nicht genug. Nachdem der größte Teil der führenden Persönlichkeiten der Reichs- und Staatsbehörden aus ihrer Heimat als Entgelt für die Treue zum Staat ausgewiesen sind, und, soweit das noch nicht der Fall war, noch ausgewiesen werden sollen, geht man jetzt dazu über, die deutschen gesetzgeberischen Maßnahmen für das besetzte Gebiet zu beaufsichtigen und zu beeinflussen. General Degoutte hat einen Befehl erlassen, nach dem alle Befehle der Reichs- und Staatsbehörden, die nach dem 11. Januar, also dem Termin des widerrechtlichen Einbruchs, Rechtskraft erlangten, ungültig sind, es sei denn, daß für die Rechtskraft die ausdrückliche Genehmigung der Besetzung erteilt worden ist.

Was man unter militärischen Vorwänden nicht zu erreichen weiß, wird durch ein Bombardement mit Flugblättern nachzuholen versucht. Ganze Propagandaabteilungen sind zu diesem Zweck Tag und Nacht unter Anwendung der größten Mittel bei der Arbeit.

Die „technischen Maßnahmen“ mit ihren psychologischen Auswirkungen werden unsere Arbeiter in der gleichen Art zu beantworten versuchen. Das ist sicher, trotzdem die Besetzung eifrig bestrebt ist, unseren Gewerkschaftsführern jede Zukunft zur Beschlusfassung über die Taktik unmöglich zu machen. Den Franzosen fehlen eben die Mittel, um das Leben und Treiben der wie Ketten zusammenhaltenden Arbeiterbevölkerung zu überwachen. Versuche, die organisatorischen Maßnahmen der Partei und der Gewerkschaften zu unterbinden, können keine andere Wirkung haben als die, den Widerstand der Massen noch mehr zu befestigen.

Die Breitscheid-Hehe.

Die Breitscheid-Hehe der bürgerlichen Presse nimmt immer groteskere Formen an. Ermutigt durch die unbedingte Kritik, die auch in demokratischen und Zentrumsblättern an Breitscheids Ausführungen in den „Daily News“ geübt wurde, spricht der deutschnationale „Tag“ von Pönsch und Schwähern, gegen die ein besonderes Schutzgesetz notwendig sei; die „Berliner Börsenzeitung“ fordert, daß Genosse Breitscheid vor dem Staatsgerichtshof gestellt werde, die völksparteiliche „Zeit“ druckt das begeistert nach und versucht, den „Vorwärts“ gegen Breitscheid auszuspielen. Die ganze Hehe verläßt eine so schlimme politische Unreife, daß man fast an dem Erfolg der deutschen Sache verzweifeln könnte.

Hätten die Herrschaften die Fähigkeit zu lesen, so würden sie bemerkt haben, daß Genosse Breitscheid weder sofortiges Verhandeln gefordert, noch auch Verhandlungen mit Frankreich allein das Wort geredet hat. Man kann sich überhaupt über die Frage von Verhandlungen kaum vorsichtiger aussprechen, als es getan hat. Als ein besonderer Hoch- und Landesverrat wird ihm die Bemerkung angedreht, daß der deutsche Widerstand „nicht unbegrenzt aufrechterhalten“ werden könne. Als ob nicht jedermann wüßte, daß ein halbes oder ganzes Jahr Wirtschaftskrieg das ökonomische Leben auf tiefe zerrütten und Folgen von ganz unberechenbarem Umfang hervorrufen muß. Da allen vernünftigen Menschen vor diesen Folgen graut, und da auch die gegenwärtige französische Regierung ihr verbrecherisches Treiben „nicht unbegrenzt“ fortsetzen kann, ergibt sich die Schlussfolgerung, daß einmal irgendwie und von irgendwem über den Abschluß des Wirtschaftskriegs wird verhandelt werden müssen, von selbst.

Hätte die bürgerliche Presse die Güte gehabt, sich das zu überlegen, und würde sie weiter bedacht haben, daß man mit leeren Durchhaltephrasen auf ein kritisch eingestelltes englisches Publikum wenig Eindruck macht, so hätte sie sich ihre Aufregung über Breitscheid sparen können. Breitscheids Reise nach London dürfte für Deutschland bedeutend nützlicher werden, als die aufgeregten Artikel, die über sie geschrieben worden sind.

Völkische Beobachtung.

Der „Völkische Beobachter“, das Organ der so reichlich mit französischen Spiegegeldern bedachten nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, wird in einer seiner letzten Nummern die Frage auf, ob der Heidenmut der Ruhrbesetzung zum Erfolg führen könne und meint, das sei nur möglich, wenn den Kämpfern „der Rücken wirklich gestützt wird“. Das ist oder nach der Ansicht des „V. B.“ und seines Schriftleiters Dietrich Eckart „vollkommen unmöglich“, solange sich „Lumpen, Verräter, Spiege und Juden in der nationalen Einheitsfront betätigen“.

Hoffentlich zieht daraus die Nationalsozialistische Partei die Konsequenzen und schmeißt alle französischen und sonstigen Spiege, alle Lumpen vom Schloße des eben wegen widernatürlicher Unzucht verurteilten Kirchstales aus ihrer Organisation heraus! Aber damit wäre die Einheitsfront noch nicht sicher gestellt. Notwendig wäre, daß die ganze Hitlerpartei, deren einziges Ziel ist, unter Ausnutzung der augenblicklichen politischen Schwierigkeiten ihre dunklen Geschäfte zu bejagen, verschwände.

Die „Rote Fahne“ gibt sich täglich Mühe, Gegenätze zwischen Führern und Massen in der Sozialdemokratischen Partei zu erfinden. Einen besonders frechen Schwindel leistete sie sich am Sonnabend über eine Funktionärerversammlung in Köln, wo Genosse Sellmann gesprochen hat. Sie behauptet, Sellmann habe eine schwere Niederlage erlitten, die Versammlung habe die Schreibweise der „Rheinischen Zeitung“ verurteilt und die „Opposition“ habe die Versammlung völlig beherrscht. Alle diese Behauptungen sind erlogen. Wahr ist, daß eine von Sellmann vorgelegte Entschlüsselung mit allen gegen 2 Stimmen angenommen worden ist.

Eine neue republikanische Partei in Ungarn hat sich unter Führung des Sozialisten Prälater Alexander Gieswein gebildet.

Passiver Widerstand.

Von Werner Dreiburg.

Geht, wir wären nicht ohne Waffen, und die russischen Bolschewisten wären nicht ohne Talent als Schlächtermeister und Selbstmörder in einem neuen blutigen Völkerring — hätten wir Anlaß, uns des Wahnsinnes zu bedienen als eines Mittels in unserem Kampf gegen die Borniertheit und Freiheitsberaubung, die heute fremd und frech, machtig und abgemäht im Ruhrgebiet taftel und tobt? Vielleicht brächte ein neuer Weltkrieg zwar uns wie allen europäischen Völkern den Anfang einer endlosen Verelendung und dem Abendlande den restlosen Untergang seiner Kultur, zugleich aber uns Deutschen dafür einen Mutig-großen Revanchetriumf!

Der Preis wäre, da wir doch Menschen, da wir Europäer sind, zu hoch, zu hoch. Überdies aber gibt es ja — danken wir dem Geschick! — nichts anderes für uns als nur dies eine: Ausharren in unserem vielleicht sehr schweren passiven Widerstand.

Passiver Widerstand leistete nicht nur Rußland im Jahre 1812 jenem französischen Kaiser und General, der in der Tat zum mindesten ebenbürtig war wie Poincaré und General Degoutte. (Und Rußland triumphierte unblutig über Napoleon.) Passiven Widerstand leisteten jene jüdische Mutter und ihre sieben Söhne, die unter grausamen Foltern zum Genuß einer Speise gezwungen werden sollten, welche zu essen ihr frommes Geschick und ihr freier Wille ihnen verbot. (Als Kinder lasen wir betend und weinend in der Bibel ihre Geschichte, und wenn wir daran dachten, daß ihr Bekenntnis und ihr Gesetzmäßigkeits noch heute mit seinem traumhaften Trost, während längst das Reich ihrer Bedrücker in Trümmer fiel, so jubelten wir, und selbst einen energiegelandenen Juden hat verpöhten wir eine Minute lang.) Passiven Widerstand leistete vor Bilatus und vor dem hohen Kat Jesus von Nazareth, passiven Widerstand leistete Luther auf dem Reichstage zu Worms. (Und dem jungen, rebellierenden Christentum unterlag die jüdische Diaspora und das heidnische Rom, und über das christliche Mittelalter hat die Reformation, die Aufklärung und die freie Vernunfttrüffung triumphiert.)

Passiver Widerstand ist ein Heldentum mit verkürzten Armen, passiver Widerstand ist die edelste Art der Auflehnung, die heiligste Form des Rebellentums, passiver Widerstand ist die glorreichste Bolzade der Weltgeschichte, passiver Widerstand liegt immer.

Unser Volk steht heute in einer Glorie des Trostes. Sie wird phosphoreszierend gefälscht und getrübt, wenn der „Berliner Sozial-Anzeiger“ die nationale Einheitsfront beinahe in einem Atem fordert und stört, indem er dem Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei vormitt, seine Redakteure und Mitarbeiter wagen, dem Hasse des deutschen Volkes mit der Elle das Maß vorzuschreiben, damit er nicht zur Kriegsbegeisterung anwache. „Mag der papierenen Bedrücker noch so trampfen an die Schlingen der Völkerverleumdung und darauf hinweisen, Poincaré sei nicht Frankreich — wir haben kein Recht zu solchen feinsinnigen, willensmännlichen Unterstellungen.“ Wir haben das Recht! Wir haben die Pflicht! Einmal, in der Schule lasen wir an jedem 27. Januar voller Vertrauen und Hingebung: „Der Kaiser ist ein lieber Mann — und wohnt in Berlin; — und wäre es nicht so weit von hier, — so lief ich heut' noch hin.“ Und: „Heil dir im Siegerkranz, — Herrscher

Gegen den Wucher.

Das sozialistische Vorbild Thüringens.

Das Thüringische Justizministerium teilt der „D. Z.“ mit: In den engen Grenzen, die das Reichsrecht den Landesregierungen setzt, hatte das Thüringische Justizministerium im September 1922 durch eine Beschleunigung des Strafbefehlverfahrens eine wirksamere Bekämpfung der Preistreiberi und des Wuchers angetrieben. Die Polizei und die Preisprüfungsstellen prüfen regelmäßig die Preise für sämtlichen Bedarf des täglichen Lebens, bringen unangenehme Preissteigerungen sofort zur Anzeige und führen den Beschuldigten dem Staatsanwalt und dem Richter zu. Ergeben die sofortigen Erhebungen dafür bereithaltener Justizbeamter einen Verstoß gegen die Strafgesetze, so wird alsbald ein Strafbefehl beantragt; der Richter erläßt sofort den Strafbefehl.

Natürlich müssen die Konsumenten Wucherfälle anzeigen und bezeugen.

Die Affäre Krull.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Nach der Pause überreichte Rechtsanwalt Bahn dem Gericht eine Reihe von Beweisanträgen, die sich u. a. dahin richten, daß Leutnant Rohbach von dem Vorgehen gemußt und es gebilligt habe. Weiter beantragte der Verteidiger Rechtsanwalt Bahn, Kriegsgerichtsrat Ehrhardt darüber zu vernehmen, daß der Angeklagte von Rohbach den Auftrag gehabt habe, ihn bei der Beschaffung von Waffen zu unterstützen, und zwar sollten die Waffen auf gekauft werden, um sie dem aufgelösten Freikorps zuzuführen. Verschiedene Zeugen sollen bekunden, daß Leutnant Krull bei dem Transport der aufgelaufenen Waffen verhandelt und der Staatsanwaltschaft zugeführt wurde. Ferner soll der Zeuge Kretzowski bekunden, daß Leutnant Krull 37.000 M. von Rohbach überwiesen erhalten habe. Dieser Betrag sollte zur Beschaffung von Autos und Benzin für den Transport der Waffen nach Pommern verwendet werden. Schließlich beantragte Rechtsanwalt Bahn die Herbeiziehung der Strafakten gegen Major Desoendahl von der Staatsanwaltschaft in Potsdam. Gegen Desoendahl war von der Entnazekommission die Anschuldiung erhoben worden, daß er an der Hergabe von Waffen an illegale Formationen mitgewirkt habe.

Es wird dann als Zeuge Oberst Grafmann aus Lübeck vernommen. Er hatte den Verdacht, daß in der Angelegenheit der 500 Anzüge für die Arbeitsgemeinschaft Rohbach mit gefälschten Schreiben des Reichswehrministers gearbeitet worden sei.

Der Vorsitzende verwies darauf, daß auch noch ein merkwürdiges Schreiben des Angeklagten bei den Akten sei, in dem es heiße, es bestiehe ein berechtigter Anspruch auf die 500 Anzüge. Das Schreiben sei vom 30. November datiert und unterzeichnet Leutnant Krull, Leiter der Abwicklung. Der Zeuge erwidert darauf, daß Krull weder Leiter der Abwicklung war, noch zur Führung des Stempels berechtigt. Vorj.: Der Angeklagte sagt aus, daß er Major Kienig das Schreiben vorgelegt habe und Major Kienig hat bei seiner kommissarischen Vernehmung ausgesagt, daß er auf Grund dieses Schreibens sich für berechtigt gehalten habe, die Anzüge auszuliefern. — Steuerassistent Schmidt hat feinerzeit als Kriminalbeamter die Ermittlungen geleitet und erklärte unter Eid, daß nach seinen Ermittlungen ein Schreiben, wie es beim Bataillonsskommando in Magdeburg eingegangen war und das der Zeuge Grafmann vorgelegt erhielt, im Reichswehrministerium nicht abgefragt worden sei. Der Vorsitzende hält nunmehr die Verhandlung für notwendig, da alle diese Momente aufgeführt werden müßten. Das Gericht beschloß darauf, die Sache auf unbestimmte Zeit zu vertagen und die Akten an die Staatsanwaltschaft zum Zweck weiterer Ermittlungen abzugeben.

Macht geht vor Recht!

Oberbürgermeister Jarres vor dem Kriegesgericht.

Nachm. 12. Februar. (W.Z.) Heute vormittag 9 Uhr begann vor dem hiesigen belgischen Divisionsgericht die Verhandlung gegen den Oberbürgermeister Dr. Jarres in Duisburg wegen Bonnbruchs, weil er nach seiner Ausweisung wieder nach Duisburg zurückgekehrt war. Der Prozeß hat eine besondere Bedeutung, weil er die Frage der Ausweisungen zum ersten Male ausführlich vom Rechtsstandpunkt aus beleuchtet. Zu Beginn der

des Vaterlands, — heil Kaiser dir. — Wir alle stehen dann — mutig für einen Mann, — kämpfen und bluten gern — für Thron und Reich. Dennoch war Wilhelm nicht Deutschland, und aus dem verhängnisvollen Kinderzimmer der Autorität, der viele von uns noch im Jünglings- oder im Mannesalter, noch im Juli und August 1914 umringt, wurden die einen überhaupt nicht, die anderen leicht unfaßt, aber erst spät oder allmählich (durch die verbrecherische Fortschritt, Unfähigkeit und Freigebigkeit ihres lieben Landesvaters) gewedt. Auch das französische Volk, eingeschläfert, irreguliert und ausgewühlt von Grund aus durch Militarismus, Machtpolitik, Anglistholie und Autokratie, wird aus seinem Rausch sich befreien, wird einmal aufwachen. Damit dies bald geschieht, muß es freilich vorerst mit tiefer Beschämung erfahren, daß man unseren Abscheu nicht ausbügeln, unsere Empörung nicht einsperren, die Vernunft nicht verhalten und unser klares, eindeutiges Recht nicht erschließen kann.

Und wir müssen, weil nach einer mehr als fünfjährigen Trennung Deutschland und edles Rebellentum endlich wieder innig zusammenfließen, die Worte vermerken, die Walter Rathenau an Deutschland richtete und nicht drucken ließ:

Mag der Feind dich frech betreten,

Widerstehen auf den Zinnen

Heber schmachbedeckten Städten:

Nimmer wird er dich gewinnen.

Mühte sich der Mund verflüchten,

Daß das Herz unpanzert bliebe:

Endlich darf es überfließen —

Land, o Land, du meine Liebe!

Unser Bezirksbildungsausschuß brachte im Neuen Theater am Zoo Karl Schönherr's Drei-Verjonen-Drama „Der Weibsteuher“ heraus, und zwar, um es dornig zu sagen, in ganz brillanter Fassung. Am Vordergrund natürlich das Weib, von dem schwächlichen Mann um die Mutterlichkeit betrogen, mit allen gefunden, starken und wilden Instinkten zu dem gleichartigen Jäger hingezogen und schließlich im Triumph einer „blonden Beside“ über Leben und Glück beider Männer hinwegschreitend in ein freies, nach eigenen Befehlen gestaltetes Leben. Julie Serda schuf in kläubernder Fleischlichkeit und prachvoller Sinnlichkeit diesen von feiner Kultur und feiner Moral gebemnten Urtyp des Weibes mit starken Strichen und weit ausholendem Gestus, eine packende und bis zu Ende fesselnde Leistung. Friß Reichard ließ dem schwächlichen, aber verflügelteten Manne charakteristische, lebendige Züge. Friß Kampers gab den Jäger mit einer sympathischen, herben und verhaltenen Römlichkeit. Das Zusammenspiel unter Reichards Leitung war musterhaft. Für das Spiel gebührt den Künstlern Lob, für die Darbietung dem Bildungsausschuß Dank.

Ueber Mexikos Bodenschätze sprach, im Auftrage des Handelsvertreters von Mexiko, Dr. Wittich. Er gestaltete seinen Vortrag so, daß er einen starken Anreiz für das kapitalträchtige Unternehmertum bot, aus dessen Reihen sich auch die Zubörererschaft zusammensetzte. Man hörte, daß betreffs der Förderung der Edelmetalle Mexiko in der Weltproduktion eine bedeutende Rolle einnimmt. Der Eisenvorrat ist sehr groß. Kleinere Eisenerze haben die Engländer bereits in ihren Besitz gebracht, aber es ist

Verhandlungen bestritt der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Grimm-Effen die Zuständigkeit des Gerichts. Grundsätzlich könne der Belagerungszustand im Frieden nur von der Macht verhängt werden, die die Souveränität über das fragliche Gebiet habe. Der Angeklagte selbst gab den Tatbestand seiner Ausweisung zu. Er sei aber nach Duisburg zurückgekehrt, und zwar in aller Öffentlichkeit, und habe auch dem General seine Ankunft mitgeteilt unter Hinweis darauf, daß er in diesen wichtigen Stunden seinem Gewissen folgen müsse. Er habe für diese prinzipielle Frage die Entscheidung des Gerichts herbeiführen wollen und stehe nach reiflicher Prüfung auf dem Standpunkt, daß der General

nicht das Recht

habe, jemand aus seiner Heimat auszuweisen. Auf den Hinweis des Vorsitzenden, daß während des Krieges Tausende von Belgiern ausgewiesen worden seien, um für den Feind zu arbeiten, erwiderte Dr. Jarres, daß dieses Verfahren vielfach perurteilt worden sei. Hier handle es sich jedoch nicht um eine Ausweisung im Krieg, sondern mitten im Frieden.

Der Anklagevertreter führte aus, daß der kommandierende General das Recht zu Ausweisungen habe,

weil er die Macht habe.

Es handle sich allerdings bei Dr. Jarres um einen ehrenhaften Mann, der aber genau gewußt habe, was er tue. Der Vertreter der Anklage beantragte dann zwei Monate Gefängnis.

In seiner Verteidigungsrede wies Rechtsanwalt Dr. Grimm zunächst auf die bekannten Befehle der Reichsregierung hin. Die Anklage sei aus Gründen des Völkerrechts absolut unhaltbar und stütze sich lediglich auf einen Befehl des Generals. Aber der Befehl des Generals sei kein gültiges Strafgesetz. Somit bleibe nur der Friedensvertrag. In der Tat werde auch von belgisch-französischer Seite versucht, alle Maßnahmen aus dem bekannten § 18 Anlage 2, Teil VIII des Friedensvertrages zu rechtfertigen. In Wirklichkeit komme aber dieser Paragraph

überhaupt nicht in Betracht:

1. könnten nur die alliierten Mächte gemeinschaftlich Maßnahmen auf Grund dieses Paragraphen ergreifen; 2. müsse ein einstimmiger Beschluß der Reparationskommission vorliegen; 3. sehe dieser Paragraph nur wirtschaftliche und militärische Maßregeln vor; 4. handle es sich um solche Maßnahmen, die die Alliierten auf ihrem eigenen Gebiet vornehmen könnten; 5. sei es eine Frage, inwieweit die alliierten Mächte deutsches Gebiet zum Zwecke der Garantieleistung für die Erfüllung des Friedensvertrages besetzen dürften; 6. liege keine vorläufige Verletzung gegen die Reparationsverpflichtungen vor; 7. seien gerade für die Sachlieferungen des Jahres 1922 die Rechtsfolgen einer nicht vollständigen Erfüllung in der Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 ausschließlich geregelt. Durch den Belagerungszustand schließlich gehe nur die Exekutive an den militärischen Befehlshaber über, nicht aber das allgemeine Gesetzgebungsrecht. Insbesondere könne der militärische Befehlshaber nicht Beamte ablegen oder ausweisen. Selbst im Bereich des Rheinlandabkommens könnten Beamte nur abgesetzt, nicht aber ausgewiesen werden. Der Verteidiger betonte zum Schluß noch besonders, daß auch nach dem französisch-belgischen Recht ein aus Vaterlandsliebe entsprungenes Handeln als ein Fall höherer Gewalt angesehen werden müsse, und dementsprechend jedes Verschulden des Angeklagten ausschließe.

Nachdem der zweite Verteidiger Rechtsprophet gesprochen hatte, verurteilte das Gericht nach kurzer Beratung, daß das Urteil am nächsten Sonnabend vormittags 9 Uhr bekanntgegeben werde.

Deutsche Protestnote.

Der Gesandtschaftsrat in Paris hat der französischen Regierung folgende Note überreicht:

Am 14. Januar, nachmittags, ist der Führer des berittenen Zuges der Schutzpolizei in Buer, Oberwachmeister Rot, von einem Leutnant des französischen 14. Jägerregiments mit der Keilspitze in das Gesicht geschlagen worden, als er eine Bescheinigung über ihm fortgenommenes Eigentum wünschte. Ferner ist am 15. Januar, vormittags gegen 11 Uhr, der Polizeiwachmeister Plewka in Marl in der hochföhr von einem Offizier der ersten Schwadron des französischen 18. Dragonerregiments in das Gesicht geschlagen worden, weil er den Offizier nicht gegrüßt hatte. — Die deutsche Regierung legt wegen dieser Ausschreitungen Betwahrung ein und fordert die Bestrafung der Täter.

noch ein Eisenberg abzubauen und an der Oberfläche Mexikos liegen allein 60 Millionen Tonnen, während die Tiefe noch gar nicht ergründet ist. Die Zinklager sind von einer Ausdehnung, die den Hochfluten bis heute unbekannt ist. Deutschland hatte in Schlesien und in der Nähe von Wachen Zinkvorkommen, beide gingen ihm verloren. Das mexikanische Zink geht zurzeit zwecks Verhüttung nach den Vereinigten Staaten. An Petroleum förderte man in den letzten 20 Jahren ungeheure Schätze. Ja, selbst unter den Wellen des Ozeans tritt es auf. Petroleum, an die Oberfläche gelangt, verharzt und bildet den Asphalt. Die Straßen New York sind mit mexikanischem Asphalt geschaffen. Phosphat, für die Landwirtschaft sehr nötig, wird im nördlichen Mexiko noch nicht regelmäßig abgebaut. Graphit, einst im böhmischen Wald gefunden, brachte den Aufschwung der deutschen Bleistiftindustrie. Später suchte man Graphit im Ural und auf Zeylan. Mexiko hat jetzt noch wenig berührte Graphitvorkommen und auch Federnholz. Rußland ist von Mexiko in der Petroleumproduktion überholt worden, obgleich dieses Land in den letzten Jahren ungeheure Petroleumbrände hatte und eine Quelle in zwei Monaten ausbrannte und während dieser Zeit als mächtige Fadel über den Ozean leuchtete. Die Petroleumrückstände ergeben eine vorzügliche Schiffsheizung und die Rüsten gebrauchten sie vor 20 Jahren schon bei ihrer Schwarzen-See-Flotte. Mexiko, das dem Bergbau und der Petroleumindustrie erst in geringem Maße erschlossen ist, steht in der Weltproduktion als Lieferant von Silber an erster, von Petroleum an zweiter und von Kupfer an dritter Stelle. e. b.

Kopernikus-Felder in den preussischen Schulen. Am 19. werden 450 Jahre verlossen sein, seitdem Nicodemus Kopernikus, der Begründer des modernen Weltbilds, in Thorn geboren wurde. Um dieses Deutschland würdig zu gedenken, hat die Amtliche Preussische Pressedienstleitung, der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angeordnet, daß an dem Erinnerungstage auch in den Schulen und Lehrern- und Lehrerinnen-Bildungsinstituten Preussens beim Unterrichte des Begründers der neueren Astronomie in geeigneter Weise gedacht wird.

Für das Konzert angaben der ausübenden Frauen und Kinder des Ruhrreviers am Sonntag, den 18. in der Handelsballe des Reichstags haben ihre Mitwirkung zugesagt: die Kapelle der Staatsoper unter Dr. Eichen, der Domchor unter Prof. Mühl, Margarete Krüger-Ober, Carl Giesing, Elisabeth van Eyndert, Alois Baron und Heinrich Krüger. Das Konzert beginnt bereits um 6 Uhr. Karten zu 5000 M. und 10000 M. sind zu haben bei Frau v. Bod. Weibum, bei den Damen des Komitees: Frau Oberl. Wilhelmstr. 73; Frau Cuno, Wilhelmstr. 77; Frau Adler und Frau Feller, Wilhelmstr. 74; Frau Dorn, Dahlen, Königstr. 17; Frau Ede, Sommerstr. (Reichstagsgebäude); Frau Braun, Wilhelmstr. 63; Frau v. Reibnis, Hindenburgstr. 2; Frau Böck, W. 35, Verdingstr. 7, und Frau Walder, Völklingerstr. 5.

Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe. Eine große deutsche Kunstausstellung für freie und angewandte Kunst wird von Mai bis Oktober d. J. in Karlsruhe stattfinden. Die Künstlerwelt aller deutschen Stämme, aus jener überhalb des Reiches, ist ohne Rücksicht auf Quantität gen aufgerufen, sich mit Gemälden und Graphik, Plastik und angewandter Kunst zu beteiligen. In diese Ausstellung lebender Künstler schließt sich eine rückwärtige Ausstellung auf das künstlerische Schaffen der letzten zwei Jahrhunderte von Oberhain.

Bessere Verkehrslage im Ruhrgebiet.

Essen, 12. Februar. (WZB.) Die Verkehrslage hat sich gegen Sonnabend wesentlich gebessert. Die Verkehrsbehinderungen bei dem Bahnhof Scharnhorst sind wieder behoben, nachdem der Bahnhof Scharnhorst von den französischen Truppen freigegeben worden ist. Auch im allgemeinen scheinen die Verstopfungen der Gleise nach Osten wieder beseitigt zu sein, die durch unlademäßige Eingriffe der Franzosen hervorgerufen waren. Die Kontrolle an den Grenzbahnhöfen ist nach wie vor sehr streng. Vor allem scheinen die Franzosen darauf zu achten, daß nicht mehr Wagen aus dem Gebiet heraus als hineingehen. Kohlenwagen und Wagen mit Nebenprodukten werden nach wie vor beschlagnahmt. Die angedrohte Beschlagnahme mit metallurgischen Fabrikaten ist, soweit festgestellt werden konnte, bisher noch nicht erfolgt. Die Eisenbahnbehörden haben bisher auch noch keinen französischen Befehl in dieser Hinsicht erhalten. — Die Lebensmittelzufuhr ist als befriedigend zu bezeichnen.

Der Divisionsgeneral Fournier hat an den Oberbürgermeister von Essen folgenden Divisionsbefehl erlassen: „Es sind bis 12. Februar 1923, zwei Uhr, zum Kommando (?) in Bredenez zu liefern: 72 Personenautos, von denen 36 offen und 36 geschlossen sind. Diese Wagen, mit wenigstens vier Sitzen, sollen mit Motoren von 20 oder mehr PS, die Mechanik in gutem Zustand und mit sonstigem Komfort ausgerüstet sein. Erfahrungsgemäß in sehr gutem Zustand, davon wenigstens ein Ersatzrad, 3 Schläuche zum Beschleimen mit Mantelanlage, eine Hupe und dem zur Bedienung des Wagens erforderlichen Werkzeug. Behälter sollen mit Benzin, Karbid (wenn erforderlich) gefüllt sein. Die Wagen sollen mit den Chauffeurs geliefert werden.“

Dortmund, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Im ganzen neu-befetzten Gebiet wurden heute alle Personenautomobile beschlagnahmt, soweit sie auf der Landstraße abgefahren werden konnten. Die Befragung griff zu dieser Maßnahme, nachdem sich einige große Städte gemeldet hatten, über hundert Automobile zur Verfügung zu stellen. Ein Automobil kostet heute 85 Millionen Mark. Kurz vor Essen wurde auch das Automobil des Regierungspräsidenten, Genossen Grünher, der sich auf einer Fahrt im Industriegebiet befand, beschlagnahmt. Grünher protestierte entschieden gegen diesen Gewaltakt, mit dem Erfolg, daß man ihm nach 1½ Stunden seinen Wagen wieder aushändigte.

Dortmund, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Infolge der Verstopfung einzelner Bahnhöfe, ist es unmöglich, die aus dem Innern Deutschlands kommenden Lebensmittellieferungen auf ihrem Bestimmungsorte durchzuführen. Die Eisenbahnen haben infolgedessen beschlossen, solange der Zug hält, Wachen aufzustellen, um einen Diebstahl zu verhindern. Diese Vorsichtsmaßnahme unterbindet die Befehlsbehörde mit Gewalt, soweit sie bisher Anwendung fand.

Frankfurt a. M., 12. Februar. (WZB.) Wie amtlich mitgeteilt wird, werden seit heute früh die nach hier führenden Straßen aus dem befestigten Gebiet durch französische Posten bewacht. Schlagbäume sind teils errichtet, teils im Bau. Fahrzeuge werden kontrolliert und in das befestigte Gebiet hinein, aber nicht mehr herausgelassen.

Der Franzosenboykott in Essen.

Essen, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In Essen wurde heute zum erstenmal der Boykottbeschluss der Hotelbesitzer und Händler gegen die Besatzungstruppen durchgeführt. Französische Offiziere drangen deshalb in das größte Essener Hotel, den „Handels-hof“, ein und forderten das Küchenpersonal unter Bedrohung mit der Keilpeitsche und dem Revolver auf, das bereits fertiggestellte Essen zu verabreichen. Ein Teil des Personals flüchtete, der zurückbleibende Teil mußte sich dem Zwange fügen. Ein Hausdurchsuchung wurde mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, ein Fass Bier anzustellen. Die Franzosen bezahlten nach Guldünken das Essen und verschwanden dann. Im Laufe des Nachmittags wurden zwei große Hotels in Essen, und zwar der „Handels-hof“ und der „Kaiserhof“, von den Franzosen beschlagnahmt. Die Keller lehnen in Zukunft jede Bedienung für die französische Besatzung ab.

Weitere Gewalttaten.

Recklinghausen, 12. Februar. (Mitb.) Am 9. Februar, nachmittags gegen 3 Uhr, nach Schließung der Oberrealschule, waren etwa 20 Schüler mit bunten Mützen auf dem Heimwege im Gespräch über die bevorstehende Prüfung, als ein Offizier in Begleitung einer Kolonne sich den Schülern näherte. Auf ein Zeichen des Offiziers lief die Kolonne über die wehrlosen Schüler her, trieb sie mit Kolbenstöcken, Bajonetten und Keilpeitschen auseinander und verfolgte sie. Nach kurzer Zeit wälzten sich auch mehrere in ihrem Blute am Boden. Die übrigen retteten sich mit blutüberströmtem Gesicht in die Häuser. Bisher wurden drei Schwerverletzte festgestellt, darunter einer mit einer lebensgefährlichen Stichwunde. Die genaue Anzahl der Verletzten ließ sich nicht feststellen, da die Schüler noch nicht wieder zusammengekommen sind.

Gelsenkirchen, 12. Februar. (Mitb.) Der in Ausübung seines Dienstes heute vormittag von französischen Soldaten schwer verletzte Oberwachtmeister der Schupo, Hutmacher, ist seinen Verletzungen erlegen. In Buer wurde der Polizeibetriebsassistent Schneider durch einen Gewehrschuß in den rechten Oberarm schwer verwundet. In Recklinghausen wurde einem Gemüsehändler durch einen Kolbenstoß der Schädel aufgeschlagen, so daß der Tod sofort eintrat.

Die Hilfe für die Ruhrkinder.

Zur Binderung der Kinderernährungsnot im neu-befetzten Ruhrgebiet ist dem Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe sofort nach dem Einbruch der Franzosen für den weiteren Ausbau des amerikanisch-deutschen Kinderleistungswertes von der Reichsregierung der Betrag von 3,5 Milliarden zur Verfügung gestellt worden. Durch diese Mittel wird eine Verdoppelung der Speisungszahl in den in Frage kommenden Orten von 80 000 auf 160 000 ermöglicht. Ingesamt sind für diese Erweiterung der Speisung folgende Lebensmittel erforderlich: 320 Tonnen Mehl, 64 Tonnen Zucker, 12 Tonnen Kaffee, 34 Tonnen Fett, 7300 Kilos evaporierter Milch. Die Lebensmittel werden den vom Arzt ausgewählten, besonders schwächlichen Kindern in Form eines nahrhaften Frühstücks verabreicht, das aus ½ Liter Milchgetränk und einem gebührenden Gebäck besteht. Dem Nährgehalt nach entspricht dieses Frühstück etwa einem Teller bis zu einem Viertel der für ein Kind erforderlichen Nahrungsmenge. Die Erhöhung der Speisung ist in der Durchführung begriffen.

Mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse ist auch für Heften-Darmstadt eine Erhöhung der Speisungszahl von 1000 000 auf 14 000 bis 15 000 bewilligt worden. Die erforderlichen Lebensmittel werden zum Teil aus den Reserven des Zentrallagerhauses für die Auslandshilfe in Hamburg geliefert, zum Teil aus besonderen leihweise eingelaufenen Godeu bestritten.

Befetzung von Wesel und Emmerich?

WZB meldet: Nach zuverlässigen Nachrichten beabsichtigen die Franzosen und Belgier, heute früh 7 Uhr die Rheinhäfen Wesel und Emmerich zu besetzen.

Poincaré und der Kammerausschuß.

Der neugierige Tardieu.

Paris, 12. Februar. (Eig.) Poincaré wird nicht, wie es ursprünglich angekündigt wurde, schon in dieser Woche vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten Erklärungen abgeben, sondern, wie er dem Präsidenten der Kommission Lengués heute mitteilte, dies erst im Laufe der nächsten Woche tun. Die Kommission trat heute zu einer Sitzung zusammen und beriet darüber, ob Poincaré ein Fragebogen übermittelt werden soll. Tardieu bereitet einen solchen bereits vor. Er umfaßt 93 Fragen. (1)

Englische Besorgnisse.

London, 12. Februar. (WZB.) „Times“ schreiben zu den Ereignissen im Ruhrgebiet, wenn das Ziel der Besetzung sei, die deutsche Regierung zu zwingen, einen Reparationsplan anzunehmen, so müßten wenigstens die Bedingungen klar auseinandergesetzt werden. Was werde von Deutschland gefordert? Die „Times“ erklären, England sei direkt an dem Ergebnis des Kampfes im Ruhrgebiet interessiert. Wenn der Kampf weitergehe mit dem Ergebnis, daß Frankreich geschwächt werde und Deutschland in den wirtschaftlichen Abgrund stürze, in dem Rußland und ein beträchtlicher Teil Mitteleuropas bereits liegt, so müßte der Untergang Europas unvermeidlich auch auf die eigene Wirtschaft Englands zurückwirken. Frankreich habe sich entschlossen, in dieser Frage allein zu handeln. Während England jede Rücksicht auf die Bedürfnisse Frankreichs ausübe, könne es nicht die Tatsache außer acht lassen, daß es selbst eine Reparationsforderung habe, und es könne nicht leichtfertig beiseite stehen, während Frankreich die Hoffnungen auf den europäischen Frieden gefährde. England habe den Krieg nicht vergessen und beabsichtige auch nicht, Deutschland von den Reparationsverpflichtungen zu befreien. Der Plan, der von der britischen Regierung in Paris unterbreitet worden sei, hätte in Einzelheiten abgeändert werden können; im wesentlichen sei es jedoch ein Plan gewesen, der Deutschland in den Stand setzen sollte, größere Beträge zu bezahlen, und gleichzeitig die Bezahlung zu erzwingen. Alle Aussichten für diese Pläne seien jetzt durch die Ergebnisse der französischen Aktion gefährdet, im gegenwärtigen Augenblick sei keine Grundlage für eine Intervention in diesem Kampfe vorhanden. Man wisse nicht, was die Franzosen wollen und was die Deutschen vorschlagen. Die Frage verurteile ernstliche Besorgnisse.

Notgesetz- und Justizdebatte.

Im Reichstag begann gestern die erste Beratung des Entwurfs eines Notgesetzes.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker

führte u. a. aus: Durch die Vorlage sollen der Reichsregierung die nötigsten Mittel und Waffen in dem schweren uns aufgezwungenen Abwehrkampf in die Hand gegeben werden. Die Vorlage enthält positive Vorschriften, die zusammen mit dem Schankstättengebietentwurf das ganze Schankstättensystem neu regeln sollen. Schleunigt zu verabschieden sind auch die Vorschriften, welche etwas schärfere Maßnahmen gegen den Wucher vorsehen. Ferner verlangt die Reichsregierung Ermächtigungen zur Einschränkung von Lustbarkeiten und Vergnügungen, zur Keuregelung des Bahnwesens (hoffentlich nicht noch mehr Geschwörungen! Red.) und neue Vorschriften über die Wohnungsversorgung für Ausgewiesene, endlich zum Erlaß von Maßnahmen, wie sie sich aus der Not der Zeit heraus demnächst als unumgänglich ergeben könnten. Die zu erlassenden Verordnungen sollen unverzüglich zur Kenntnis des Reichstages gebracht und auf sein Verlangen außer Kraft gesetzt werden. Der

Kampf an der Ruhr

ist von uns weder gewollt noch gesucht. Wie die früheren Regierungen jahrelang verstanden, durch die Erfüllung zu einer Verständigung mit unseren Gegnern zu kommen, so hat das auch die neue Regierung in wochenlangen Bemühungen versucht. Diese Versuche sind durch die Schuld insbesondere Frankreichs gescheitert, dessen Ministerpräsident es nicht einmal für nötig hielt, sich Kenntnis von den Verständigungsgrundlagen zu verschaffen, die wir bieten. Als ob wir uns mitten im Kriege mit Frankreich befänden, ist man mit brutaler Gewalt in das Ruhrgebiet eingedrungen. Wucher, Sabotage, Grausamkeiten und alle möglichen sonstigen Dinge häufen sich dort von Tag zu Tag. Diesem organisierten Krieg haben wir nur unser gutes Recht und den gewissen Willen der Bevölkerung entgegenzusetzen, in diesem Abwehrkampf bis zum letzten Mann zusammenzustehen. Wir wollen auch in Zukunft

nicht Gewalt der Gewalt entgegensetzen.

sondern den Abwehrkampf führen wie früher. Für diesen Kampf soll uns der vorliegende Gesetzentwurf neue Mittel zur Verfügung stellen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Sollmann (Soz.):

Gegen die Bestimmungen über die Schankstättens laufen die Interessenten Sturm. Das kann uns nicht einschüchtern, in solcher Not gilt doppelt der Satz: Das Gemeinwohl ist das höchste Gesetz. Zu einer Beumtötung des ehrlichen Gastwirtsstandes, der eine Notwendigkeit ist, liegt keine Veranlassung vor. (Zustimmung.) Für etwa arbeitslos werdende Arbeiter und Angestellte werden Reich, Staat und Kommunen Sorge zu tragen haben. Notwendig ist, zu verhindern, daß das Gesetz durch private Klubs umgangen wird. Das Alkoholverbot für Jugendliche entspricht einer Forderung der gelangten organisierten deutschen Jugend. Die öffentliche Anprangerung der Wucherer und Preistreiber hat meine Partei schon seit Jahren gefordert. Wenn wir sie nun durchsetzen können, werden wir uns freuen. Unüberwindliche Bedenken haben wir gegen die Vorschriften über den Wucher und die Sanktionierung. Diese Bestimmungen können zu einem Kompromiß gegen politische mißliebige Personen werden. Auch warnen wir vor jeder Fremdenverfolgung. Diese

Fremdenhete ist barbarisch und politisch unklug.

Sie schadet uns im Ausland überall. Daß für die aus dem Rheinland ausgewiesenen Familien unbedingt Wohnungsverhältnisse geschaffen werden muß, ist selbstverständlich. Wir bezweifeln aber, ob die Bestimmung praktisch durchführbar ist, die verlangt, daß die Wohnungsämter diesen Familien vor allen anderen vorgemerkten arbeitslosen Wohnungsuchenden Unterkunft verschaffen müssen. Abgesehen davon, daß dies in manchen Orten sein unmöglich ist, kann das Verfahren auch zu lange dauern. Man muß sofort in der Nähe des befestigten Gebietes Gasthäuser in Kurorten, Baracken, Häuser auf dem Lande und andere Unterkunftsstätten schaffen. Gegen den Artikel 6, der der Reichsregierung freie Ermächtigung zum Erlaß aller möglichen Verordnungen geben soll, erklären wir uns mit aller Entschiedenheit. Wir sind zwar für alle zweckmäßigen Kampfmaßnahmen, aber wir verlangen, daß gerade in diesen bittersten Wochen die Regierung unter die Kontrolle des Parlaments gestellt werde. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozial-

Entscheidende Tagung des Unterhauses.

London, 12. Februar. (WZB.) Die morgen beginnende Tagung des englischen Parlamentes wird mit außerordentlichem Interesse erwartet. Es wird hervorgehoben, daß abgesehen von wichtigen inneren Fragen die der Arbeitslosigkeit zur Verhandlung kommen müßte, ferner die britische Politik gegenüber der Besetzung des Ruhrgebietes, die Reparationsfrage, die Beziehungen zu Frankreich, das Scheitern der Lausanner Konferenz, die Beziehungen zur Türkei, die mesopotamische Frage sowie die Forderung der amerikanischen Schulden.

Den Blättern zufolge sieht man im Unterhause einer politischen Schlacht entgegen, wie sie seit langer Zeit nicht mehr stattgefunden habe. Besonders die Arbeiterkammer werde unter Führung Ramsay MacDonalds einen harten Kampf gegen die politische Übermacht führen. Wie gemeldet wird, beabsichtigt Ramsay MacDonald morgen im Unterhause die Politik der Regierung in auswärtigen und inneren Fragen anzugehen. Bonar Law werde antworten und man erwartet, daß der Premierminister wichtige Erklärungen über die französische Aktion im Ruhrgebiet, über die Reparationsfragen, die alliierten Schulden und die Orientfragen abgeben werde.

„The Daily Mail“ schreibt: Mit der morgigen Eröffnung des Parlamentes werde ein großer Druck auf die Regierung begannen, um ihre Politik gegenüber der Ruhrfrage bekanntzugeben.

Die sächsische Regierungskrise.

Dresden, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Heute nachmittag sind die Fraktionen des Landtages erneut zusammengetreten, um Stellung zur Regierungsbildung zu nehmen. Bis jetzt haben keine Verhandlungen zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und den bürgerlichen Parteien stattgefunden. Eine Entscheidung dürfte frühestens am Dienstag vormittag fallen, wo die sozialdemokratische Fraktion über ein Schreiben der Demokraten berät, das die Sozialdemokraten einlädt, mit ihnen in Verhandlungen über die Wahl des Ministerpräsidenten einzutreten.

Die bürgerliche Presse „weiß“ schon die Namen der demokratischen und sozialdemokratischen Unterhändler zu nennen und lanciert als kommende demokratische Minister nicht nur Dr. Seyffert und Dr. Reinhold, die schon einer früheren Koalitionsregierung in Sachsen angehört haben, sondern nennt auch den Ministerialdirektor Dr. Dehne und den Zittauer Oberbürgermeister Kütz. Die Demokraten wollen sich diesmal, anscheinend auf Betreiben der Deutschen Volkspartei, nicht mit zwei Ministern begnügen, sondern fordern drei Sitze.

Ein weiblicher Sowjetdiplomats in Norwegen. Die Sowjetregierung hat zu ihrem diplomatischen Vertreter in Norwegen Frau Alexandra Kollontaj ernannt, die bislang hohe Posten im bolschewistischen Unterrichts- und Propagandaamt eingenommen hatte.

demokraten.) Das ganze Gesetz entspricht in keiner Weise der ungeheuren Not der geschichtlichen Krise des Reiches. (Sehr wahr!) Wir wollen den Gesetzentwurf zu einem Kampfgesetz gegen diejenigen machen, die durch gemeinsten Eigennutz die deutsche Front erschüttern wollen.

Der Dolch, der uns etwa in den Rücken gestoßen werden könnte.

blinkt niemals in deutschen Arbeiterkreisen, sondern in weichen, brillantenblühenden Händen von Reuten, die als Kampfreiter an unserer Frontkassette laugen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man soll auch vom Gegner lernen. Frankreich verschärft seine Besitzverhältnisse. Das ist ein Weg auch für uns. Wir verlangen das sofortige Aufheben des Ständes, daß durch die Gebührentragung die Besitzverhältnisse nahezu aufgehoben werden. Die Erbitterung darüber ist bei allen anständigen Steuerzahlern ungemain. Hier muß sofort gehandelt werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Börse ist zurzeit überhaupt kein gerechter Markt mehr, sondern ein Institut für spekulierende Hochstapler. Diesem Zustand darf nicht länger tatenlos zugehört werden. Wir verlangen stärkste Gegenwirkung gegen den Sturz der Markt.

Unterbindung des freien Spiels mit den Devisen;

die Devisengeschäfte sollen vom volkswirtschaftlichen Bedürfnis, nicht von der Spekulationsgier geleitet werden. Die Reichsbank gibt durch ihren billigen Kredit vielfach erst die Möglichkeit zu Spekulationen im großen. (Lebhafte Zustimmung.) Wirtschaftspolitisch fordern wir, daß endlich gegen die Preistreiber eine auch der großen kapitalistischen Kongresse eingeschritten werde. (Zustimmung.) Wenn wir so den Gesetzentwurf ergänzen wollen, so dazu, um die deutsche Widerstandskraft zu stärken. Die Preise der Reichsparteien sollte sich vor nationalitätlichen Ueberhörsamlichkeiten und patriotischen Phrasen hüten. So hat Herr von der Reichsanlage Cuno als nationalitätlichen Heros gefeiert, weil er mit der Eisenbahn ins Ruhrgebiet gefahren ist. (Heiterkeit links.) Auch wir danken dem Reichsanlage Cuno für seine Rolle an die Ruhr, aber unsere Ansprüche an einen nationalen Heros sind doch größer. Ein erheblicher Teil der bürgerlichen Presse weckt wieder ähnliche Illusionen wie 1914, und die Ernüchterung kann nicht ausbleiben. Die Franzosen werden nicht aus Furcht vor den Rufführer der deutschen Nationalisten fluchtartig das Ruhrgebiet und die übrigen befestigten Gebiete verlassen. Am Rhein und an der Ruhr ist man

ernst, entschlossen und mutig, aber nicht phrasentrunk.

(Lebhafte Zustimmung.) Wir halten daran, weil wir wissen, daß die deutsche Niederlage in dem uns aufgezwungenen Wirtschaftskrieg zu einer verstärkten Verelendung der deutschen Arbeiterklasse führen würde. Wir wollen den Kampf zu einer Grundlage führen, auf der Verhandlungen möglich sind, die die Hoheitsrechte der Republik und das deutsche Wirtschaftsgebiet unangestastet lassen und uns lediglich solche Verpflichtungen auferlegen, die wirklich erfüllbar sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es ist bedauerlich, daß einige deutsche Zeitungen dem Ausland die Meinung beibringen wollen, als sei die Sozialdemokratie unzuverlässig. Wenn die „Kreuzzeitung“ einen Aufsatz mit der Frage veröffentlicht: „Hält die Sozialdemokratie durch?“, so grenzt das an Landesverrat. Die Sozialdemokratie als stärkste deutsche Partei und die freien Gewerkschaften als weitaus stärkste Gewerkschaftsorganisation im Ruhrgebiet und am Rhein sind es doch, die in erster Linie die Front gegen den französischen Imperialismus zu halten haben. Diese Front steht fest, und unser Will ist ungebunden. Von solchen Gedanken aus gehen wir an die Ergänzung des Gesetzentwurfs. Wir wollen ihn zu einem Kampfgesetz gegen alle diejenigen machen, die als

geheime Verbündete des französischen Imperialismus

in unserem Lande die Wirtschaft und die Finanzen verwüsten und zu einem Kampfgesetz für die Massen, die in diesem Ringen zur Rettung des Reiches und der Republik aushalten wollen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Celsing (3.) warnt vor Ueberreibungen in der Presse, da dem Volke nur mit einer ausgleichenden Ueberbrückung der Gegensätze gedient ist. — Abg. Borch (Komm.) lehnt das Gesetz ab und fordert eines, wonach die nach ausstehenden Einkommen- und Vermögenssteuern schleunigst eingezogen und schärfste Maßnahmen gegen Devisenpekulation und Schleicherei getroffen werden. Auf seinen Vorwurf, daß die Wuchergerichte verlagert haben, teilt

Staatssekretär Joel mit, daß wegen Buchers 1920 88 Personen mit Gefängnisstrafen von einem Jahre und darüber, 1921

49 Personen verurteilt wurden, mit Zuchthaus wurden bestraft: 1920 24, 1921 10 Personen.

Danach geht die Vorlage an den Rechtsausschuss. Bei der zweiten Beratung des Etats für 1923 (Zustizverwaltung) protestiert

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.)

zunächst gegen die imperialistische Politik Frankreichs. Die von einem belgischen Gericht zum Tode verurteilten deutschen Polizeibeamten sind unschuldig. Wir beantragen die Einstellung aller schwebenden Strafverfahren gegen Leute, die nur für ihre politische Überzeugung eingetreten sind. Im Ruhrgebiet stützt sich die Reichsregierung jetzt auf den Streik der Eisenbahner, während man nach dem letzten großen Eisenbahnerstreik gegen dieselben Leute rücksichtslos Prozesse geführt hat. Wir verlangen, daß trotz Bayern und mit Bayern alle politischen Gefangenen freigelassen werden, und fragen die Reichsregierung, was sie gegen die bayrischen Volksgerichte zu tun gedenkt, die im Widerspruch mit dem Reichsrecht stehen. Heute noch werden

in Bayern

lustig Orden verteilt, und auch das Reichsministerium für Wiederarbeit hat ein Kolonialabzeichen neu eingeführt. Die bayerische Regierung verhängt den Ausnahmezustand gegen Nationalsozialisten und wendet ihn gegen Sozialdemokraten an. Lieberall werden die Gesetze zum Schutze der Republik angewendet, nur nicht in Bayern. Dort finden alle Organisationen Unterschlupf, die im übrigen Deutschland verboten sind. Aber auch Berliner Schöffengerichte pfeifen auf die Reichsverfassung, indem sie die Parteien über die neuen Verfassungsvorschriften wegen der Eidesleistung nicht unterrichten. Unter den Geschworenen und Schöffen muß die Arbeiterklasse gebührend vertreten sein, wovon so lange keine Rede sein kann, als noch die drifftige Ausziehung erfolgt.

Ueber die „Objektivität“ unserer Justiz unterrichten folgende Beispiele: Im Harden-Prozess lag eingeständenermaßen ein Mordverdacht vor, und dennoch haben die Geschworenen die Täter nur wegen Beihilfe, und noch dazu unter Jubilierung mildernder Umstände schuldig gesprochen. Wollig verlag die Staatsanwaltschaft, wenn Monarchisten gegen die Republik anstürmen; aber gegen die Arbeiter, die sich gegen monarchistische Kundgebungen auflehnen, werden Verfahren wegen Landesfriedensbruchs eingeleitet! Wenn der Reichspräsident als Schieber bezeichnet wird, verurteilt die Strafkammer in Stendal den Täter zu dreitausend Mark Geldstrafe, für die Bezeichnung als „Schnapsbubler“ reichen 20 000 M. aus. Wenn aber der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld in einer Zeitung angegriffen wird, beantragt der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis. In München ist beim Einrücken der Reichswehr im Mai 1919 gegen die Räterepublik ein Professor Horn getötet worden; die bayerischen Gerichte haben in zwei Instanzen die Schadenersatzklage der Witwe abgewiesen, weil der Getötete sich selbst in die Todesgefahr begeben habe, da er Mitglied der unabhängigen Partei gewesen sei und einen Vertrag über die Revolutionierung der Bildung gehalten habe. Das Reichsgericht hat diesen Spruch allerdings kassiert. Als die Reichsgerichte Schwarzrotgold, insbesondere das Gold mit einer sehr drastischen Bezeichnung belegt worden war, haben die Geschworenen einen Freispruch gefällt, wobei sie sich auf den Ausspruch eines Sachverständigen stützten, wonach schon im Mittelalter in Bayern eine große Abneigung gegen die alte Farbe bestanden habe. (Große Heiterkeit.)

Beweiseln möchte ich, ob schon jemals eine Bestrafung auf Grund der Devisenverordnung erfolgt ist. Wegen Uebertretung der Kinderschutzbestimmungen werden lächerlich geringe Strafen verhängt. Mit den angehängten Reformen darf nicht länger gewartet werden. Wir verlangen die Einführung der

Berufung gegen alle Urteile der Strafkammer

und die Zurücknahme von Urteilen und Arbeitern zu den Strafkammern. Dringend ist die Reform der Vorschriften über die Abstreifung. Im Strafollzug muß das Prinzip der Humanität und die Berücksichtigung der Individualität maßgebend werden als bisher. Die in Aussicht gestellte Vorlage über das Recht der unehelichen Kinder ist immer noch nicht an uns gelangt. Dringend nötig ist von allen Seiten anerkannte Reformbedürftigkeit der Entscheidungsbefugnisse. Den Zustand der Anwaltschaft sollte man nicht vergessen. Die Unzufriedenheit mit der Rechtsprechung ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß die Richter noch zu sehr in den Besessenen der vorrevolutionären Zeit gefangen sind. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Bell (Z.): Den Forderungen des Vorredners zur Reform der Strafprozesse und Zivilprozesse stimmen wir zu und sind mit ihm der Meinung, daß sie sich auch auf das Strafrecht und Zivilrecht erstrecken muß. Die Neuregelung der Bestimmungen über die Abtreibung erscheint uns nicht so dringend. Den Vorschlägen auf Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern und zur Reform der Entscheidungsbefugnisse können wir uns nicht anschließen. Der Abkürzung des Gerichtsverfahrens muß im Hinblick auf die Geldentwertung nähergetreten werden. Die Klagen über Klassenjustiz werden geringer werden, wenn bei der Ausbildung der Richter die soziale Seite mehr in den Vordergrund gestellt wird. Für eine allgemeine Amnestie sind wir nicht, wohl aber für Strafnachlass oder gänzlichen Erlass in Einzelfällen.

Abg. Graef-Thüringen (Dnat.): Wir erwarten vom Minister, dem wir Vertrauen entgegenbringen, daß er den Begriff des Rechtsstaates wieder zu Ehren bringen wird. Möge er von der Rechtspflege die Politik fernhalten. Deutsche Gerichtshöfe dürfen sich niemals zur Wagnis der Politik erniedrigen. Die bayrischen Volksgerichte sind durchaus verfassungsmäßig. Der Redner greift dann insbesondere die thüringische Justiz an, worauf

Thüringischer Staatsminister Fröhlich (Soz.)

u. a. antwortet: Herr Graef hat nicht beweisen können, daß die thüringische Justiz politisiert ist. Auch dafür, daß in Thüringen Aufbruch und Anarchie herrscht, wie Herr Graef in einer Anfrage im Anschluß an den Rathenau-Mord behauptete, hat er den Beweis nicht erbringen können. Die Darstellung, die der Abg. von Graef-Bohdebe über die Festhaltung der zum Münchener Parteitag fahrenden Nationalsozialisten

auf dem Bahnhof in Gera

gegeben hat, ist ganz unzutreffend. Die Leute waren militärisch organisiert und wurden von Offizieren kommandiert. Sie beschimpften die Beamten mit Rufen: „Ihr roten Hainken!“ — Rieder mit der Judenregierung! Die meisten waren mit Schußwaffen und Polizeiwaffen bewaffnet. Unter ihnen befanden sich auch ein Reichswehr-offizier und ein beurlaubter Reichswehroffizier. (Hört, hört! links.) Zum Teil hatten die Leute feldmarchmäßiges Gepäck. Wir Thüringer sind stolz darauf, daß wir diesen Zug anhalten und so die Reichsautorität stärken konnten. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Um 7 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr.

Die vom Genossen Sellmann begründete Entscheidung Müller-Franken und Genossen lautet: Die Reichsregierung wolle auf die Bemühung der wegen politischer Straftaten in Bayern im Jahre 1919 und der strafrechtlich und disziplinarisch wegen Teilnahme am Eisenbahnerstreik im Jahre 1922 Verurteilten sowie auf Einstellung der aus dem gleichen Grund schwebenden Disziplinarverfahren hinwirken.

Gewerkschaftsbewegung

Die Jahresgeneralversammlung der Fabrikarbeiter.

Niederlage der kommunistischen Gewerkschaftsvertreter.

Am Sonntag tagten im großen Saal des Gewerkschaftshauses die Fabrikarbeiter Berlins. Den Vorstandsbericht erläuterte der 1. Bevollmächtigte, W. Reimann. Er führte aus, daß sich die Arbeiterkraft ganz Deutschlands mit aller Schärfe gegen die Ruhrbesetzung wenden müsse. Er legte dann die Gründe dar, die die Berliner Gewerkschaftskommission und das Ortskartell des IFA-Bundes bewegen haben, die gemeinsame Hilfsaktion mit den Unternehmern abzulehnen. Wenn trotz der klaren Aufrufe die Kommunisten von einer Sammlung abrieten, so geschieht das nur zu dem durchsichtigen Zwecke, Parteigeschäfte zu machen. Aufgabe aller Betriebe muß es sein, sich an der Sammlung auf die vom Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission herausgegebenen Listen zu beteiligen. Mit aller Entschiedenheit wandte sich Reimann gegen die Veranstaltung des wilden Betriebsrätekongresses, dessen zerstörende Folgen sich im milden Ludwigshafener Streik der Anilinarbeiter gezeigt habe. Lediglich aus parteiideologischen Gründen haben die Kommunisten diesen Streik provoziert. Es muß endlich Klarheit darüber geschaffen werden, ob einzelne Funktionäre, die ihre Direktiven von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale erhalten, ihre gewerkschaftszerstörende Tätigkeit fortführen dürfen.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht verurteilten die kommunistischen Redner Riez und Willi Schulz die Haltung der Kommunisten in der Betriebsrätefrage, ihre Stellung zur Ruhrhilsaktion wie auch den Ludwigshafener Streik zu verteidigen. Ihnen traten Richard Treptow, Sewelow und Balke entgegen. In namentlicher Abstimmung wurde dann mit 221 gegen 44 Stimmen nachstehende Resolution angenommen: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein; die Voraussetzung hierfür ist der einmütige und geschlossene Kampf aller Arbeiter.“

Das Verhalten der kommunistischen Partei innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, namentlich in der letzten Zeit, ist jedoch geeignet, die Hoffnung auf Einheitsfront und Geschlossenheit dieses Kampfes völlig zu zerstören.

Die wilden Streiks, die in den letzten zwei Jahren seitens unverantwortlicher Personen heraufbeschworen wurden, zu denen auch der in Ludwigshafen gehört, sind nicht geeignet, das Ansehen und die Stärke der Gewerkschaften zu fördern. Hiergegen muß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden.

Die Generalversammlung verlangt daher von allen Mitgliedern der engeren und erweiterten Ortsverwaltung sowie von allen Angehörigen der Zahlstelle die schriftliche Anerkennung folgender sieben Punkte:

1. Anerkennung und Befolgung des Statuts in allen Teilen, in seinen Grundzügen und allen Ausführungsbestimmungen.
2. Anerkennung und Befolgung des Streikreglements vor Einleitung jeder Lohn- und Tarifbewegung und während derselben.
3. Anerkennung und Durchführung aller Verbandstags- und Beiratsbeschlüsse.
4. Ablehnung jeder Verbindung mit der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale, oder von Organisationen, die in demselben Sinne arbeiten und Verweigerung von Geldmitteln für diese.
5. Ablehnung und Nichtbefolgung von Beschlüssen, die von Betriebsrätekongressen gefaßt werden, die nicht durch die gewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen einberufen sind.
6. Verweigerung der Vergabe von Haupt- und Lokalfondsgeräten, sei es in der Form von baren Zuwendungen oder Darlehen an eine politische Partei oder deren Gründungen.
7. Durchführung aller Verbandsaktionen nach Anweisungen des Hauptvorstandes bzw. der Gauleitungen. Durchführung allgemeiner Gewerkschaftsaktionen nach den Anweisungen des Gewerkschaftsbundes bzw. der von diesem anerkannten Ortsausschüsse. Ablehnung von Anweisungen oder Richtlinien für die gewerkschaftliche Tätigkeit durch politische Parteien oder Gruppen.

Die Nichtanerkennung obiger Punkte und Verstoß gegen dieselben hat Verlust der Funktion zur Folge. Die Generalversammlung verlangt die strenge Durchführung dieser Entschlüsse.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurden die aus der kommunistischen Gewerkschaftszentrale kommenden Misstrauensresolutionen gegen Reimann und gegen den Hauptvorstand abgelehnt. Gegen circa 20 Stimmen wurden folgende, von der erweiterten Ortsverwaltung vorgeschlagene Mitglieder in die Interne Ortsverwaltung gewählt:

Als Schriftführer Frh. Honeberg, als Revisoren Frh. Brinze, Hermann Burtz und Richard Reimann, sowie als Beisitzer Wilhelm Kohl, Otto Dönik, Karl Köhig, Ernst Neumann, Hermann Mai, Robert Wächter, Baur Schramm, August Bohl, Eise Räder, Emil Gehl und Frau Schäfer. In den Gewerkschaftsrat wurden gewählt Karl Schulz, Otto Breikreuz, Franz Ganschow, Max Ritsche und Frh. Arndt.

Ausgeschlossen wurde das Mitglied Franz Wenner wegen Verbandschuldigkeit. Damit hat die mit großem Beifall von den Kommunisten angekündigte Aktion mit einer vernichtenden Niederlage für sie geadelt.

Generalversammlung der Schuhmacher.

Die Fiskale Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands hielt am 8. Februar in Beckers Festsaal ihre Jahresgeneralversammlung ab. Der Geschäftsbericht wurde vom 1. Bevollmächtigten Hörig gegeben. Der Redner befaßte sich mit den Vorgängen innerhalb der Organisation und der Ortsverwaltung und den wirtschaftlichen und politischen Ereignissen. Wie in anderen Industrien fanden auch in der Schuhindustrie und im Handwerk dauernd Lohnbewegungen statt, welche nicht verhindern konnten, daß bei jeder Lohnzulage die Kaufkraft des Gesamtverdienstes sank. Die wenige Zeit, die der Organisation übrig blieb, wurde zur Schulung und Heranbildung der Mitglieder und der Betriebsräte verwendet. Die Krisenerklärung — Stilllegung von Betrieben, verkürzte Arbeitszeit und Entlassungen, die Mitte September einsetzte, ist weiter im Steigen begriffen. Die Frequenz des städtischen Arbeitsnachweises betrug im Dezember 4276 männliche und 1036 weibliche Arbeitslose.

Kollege Böller erläuterte den Kassenbericht, der gedruckt vorlag und aus dem hervorgeht, daß die Hauptkasse mit 8 896 653,05 M. Einnahmen und Ausgaben balanciert. Bei der Lokalkasse beträgt die Summe für Einnahmen und Ausgaben 2 468 151,35 M. Nach einer kurzen Debatte wurde zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten. Als erster Bevollmächtigter wurde gewählt Joh. Hörig (KPD.) mit 796 Stimmen, als Stellvertreter Wilh. Beride (KPD.) mit 486 Stimmen, zum zweiten Bevollmächtigten Reinhold Höller (KPD.) mit 787 Stimmen, als Stellvertreter Wilh. Rotting (KPD.) mit 780 Stimmen. Dritter Bevollmächtigter wurde Riez (KPD.) mit 403 Stimmen. Häbler (KPD.) erhielt 353 Stimmen. Diesen „Sieg“ quittierten die Kommunisten mit einem Indianergeheul. Hierauf wurden die Revisoren und die Mitglieder der Tarif- und der Beschwerdekommision gewählt. Nach langwierigen Geschäftsordnungsdebatten legte Hörig einen Antrag der Generalversammlung vor, in dem die Ortsverwaltung je nach Bedarf den Lokalzuschlag bis zur Höhe von 10 Proz. des Beitrages festsetzen kann. Eine Resolution, die sich mit der Ruhrhilfe befaßte, bot dem kommunistischen Fraktionsvorsitzenden Zoller Gelegenheit zur üblichen Bandwurmrede. Bollmerhaus beantragte Vertagung der Generalversammlung, die auch beschlossen wurde.

Achtung, Bäcker und Konditoren!

Am kommenden Sonntag findet im Kriegervereinshaus die diesjährige Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren statt. Pflicht aller BSKD-Kollegen ist es, pünktlich und zahlreich zu erscheinen, damit es den Kommunisten nicht gelingt, wie im vorigen Jahre, die Generalversammlung zu überrumpeln. Daß eine solche Überrumpelung geplant ist, hat die Funktionärerversammlung vom 22. Januar benachrichtigt, in der die Kommunisten es ablehnten, sich an den Vorschlägen für die Vorstandswahl zu beteiligen und androhten, ihre Kandidaten erst in der Generalversammlung bekanntzugeben und die Liste, die von der Funktionärerversammlung aufgestellt ist, und die dadurch nur Funktionäre der Amsterdamer Richtung vorschlägt, zu Fall zu bringen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß alle Kollegen, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen, vollständig in der Generalversammlung anwesend sind und der Vorschlagsliste der Funktionärerkonferenz zum Siege verhelfen.

Um zu der Situation noch einmal Stellung zu nehmen, findet am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12, eine Fraktionsversammlung statt, zu der ebenfalls pünktliches und zahlreiches Erscheinen erforderlich ist. Mitgliedsbuch der Partei und des Verbandes legitimiert.

Der Aktionsausschuss.

Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet zieht immer weitere Kreise in Mitteleuropa. Vorgestern abend wurde seitens der französischen Bergverwaltung zur Einstellung der elektrischen Versorgung erklärt, daß die französische Bergverwaltung den elektrischen Strom für die Bedürfnisse zur Sicherung der Gruben revidieren müsse. Diese Erklärung überrascht in Saarbrücken sehr, denn die Gewerkschaften hatten ausdrücklich zugesichert, daß sie Vorfrage getroffen hätten zur Aufrechterhaltung des Betriebes in den Elektrizitätszentralen, um die Versorgung von Licht und Kraft nicht zu beeinträchtigen.

Auf den von den Gewerkschaften bei der Saarregierung gegen das Aufsteigen des französischen Militärs eingereichten Protest hat die Regierungskommission geantwortet, daß die militärischen Maßnahmen erst dann ergriffen werden seien, nachdem festgestellt worden sei, daß die Freiheit der Arbeit in verschiedenen Orten eingeschränkt worden sei, und daß Leute von der Arbeit zurückgehalten und sogar mißhandelt worden seien. Demgegenüber erklären die Organisationen, daß keinerlei Tatsachenmaterial dafür vorliegt, daß Leute befristet oder von der Arbeit abgehalten worden seien und daß trotz wiederholter Aufforderung von keiner Seite solches Material vorgelegt werden konnte.

Ueber den Bergarbeiterstreik in Lothringen wird folgendes gemeldet: Schon am Mittwoch traten in Klein-Rosseln über 95 Prozent und auf den Gruben Saar und Rosel über 80 Prozent der Belegschaften in den Ausstand. Auch am Donnerstag und Freitag sind auf den verschiedenen Plätzen nur geringe Bruchteile der Belegschaften eingefahren. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen, obwohl die Stimmung unter den Bergleuten sehr gereizt ist. Die bereits begonnenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Forbach über einen neuen Lohnvertrag, wobei die Vertreter der Belegschaften auf den eingereichten Forderungen bestanden, während die Direktoren nur den alten Tarif anerkennen wollten, haben schließlich zu dem Ergebnis geführt, daß sich die Direktoren bereit erklärten, auf der Grundlage der Arbeiterforderungen über einen neuen Lohnvertrag zu verhandeln. Als Verhandlungstermin wurde Montag festgesetzt.

Wiedewahl des Vorstandes des ADB. Unserm Bericht über die Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes ist folgendes Ergebnis der Vorstandswahl nachzutragen: Der bisherige geschäftsführende Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, darunter Falkenberg als Vorsitzender. Neu hinzugewählt wurde als Vertreter der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten Kunze (Hannover).

Die Gewerkschaften in München nahmen gestern zur Befolgung des Ruhrgebiets Streik. Der zweite Vorsitzende des ADB, Genosse Graumann-Berlin, erklärte u. a., daß ein Generalstreik gegen den Einbruch ohne ein entsprechendes Echo in den anderen Ländern ein Unfug gewesen wäre. Die Kameraden an der Ruhr seien entschlossen, sich dem Druck der Befehlsmacht nicht zu fügen. Sie könnten aber den passiven Widerstand nur aufrechterhalten, wenn ihnen Munition in der Form von Geld und Lebensmitteln geliefert werde. Im übrigen werde der Kampf nicht nur an der Ruhr ausgefochten, sondern auch in Bayern und München; denn wenn es in Bayern gelingen sollte, einen ähnlichen Zustand wie in Stolten zu schaffen, dann sei nicht nur das Ruhrgebiet, sondern ganz Deutschland verloren.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Damen, Kindermäntel, Kostümkonfektion! Mitgliedsversammlung Donnerstag 8 Uhr in den Zentralvereinslokalen, Alte Jakobstr. 32. Bericht von den letzten Lohnverhandlungen, von der Delegiertenwahl und Bericht des Mitgliedsausschusses legitimiert. Die Brandentzündung

Verantwortlich für den rebalt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Kommando-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Kommando-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unterstr. 3, Oststr. 1, Berlin.



Regelmässige Verbindung
von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York durch die prachtvollsten amerikanischen Regierungsdampfer

NÄCHSTE ABFAHRTEN:

President Harding	14. Februar	21. März
George Washington	21. Februar	28. März
President Roosevelt	28. Februar	4. April
America	11. April	16. Mai

Ablahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später
Verlangen Sie Prospekt und Zeitplan Nr. 83

UNITED STATES LINES

BERLIN: W 5, Unter den Linden 1;
NW 40, Invalidenstr. 93; W 9, Potsdamer Straße 5
General-Vertreter: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Husten mit Auswurf
müssen Sie schnellstens heilsamen. Wir raten Ihnen aus 50 Gramm edstem Jagel-Extrakt durch Anrühren mit 1/2 Teller Wasser und 1/2 Liter Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmittel in leicht verdaulichen, kalten Jagel-Extrakt in jeder Apotheke zu erhalten.

Weinbrand **Winkelhausen** Alle Reserve

Kauen verboten.

Vor ein paar Tagen hat der „Vorwärts“ ein famoses Kulturdokument veröffentlicht, mitgeteilt vom Zentralverband der Fleischer. Da wurde darauf hingewiesen, daß die Firma K. und Co. ihren Angestellten zum Abendbrot zwei Schnitten mit Streichwurst gibt, ohne Butter, Margarine oder Schmalz. Dieses schlemmerhafte Abendessen wird gewiß nur aus Menschenfreundlichkeit verabfolgt, damit das Personal nicht zu fett wird und eine Kur in Marienbad gebrauchen muß, die sehr viel Geld kostet. In dem Kulturdokument stand ferner, daß besagte Firma den Angestellten auf das strengste verbietet, im Laden zu kauen. Die seligen, lässigen Zeiten des Krieges kehren wieder. Da gab es alles mögliche, da gab es auch den verbotenen Kauakt. Alle die Soldaten, die damals im Lazarett Westend lagen, werden sicher noch daran denken und sich, als sie die Verordnung von K. lasen, daran erinnern haben. Für alle anderen aber, die dieses Erhabene und Erhebende nicht miterlebt haben, sei die schöne und lustige Geschichte — ach den Soldaten, die damals unter der Fuchtel im Westender Lazarett standen, erschien die Geschichte verdammt nicht lustig — hier mitgeteilt, denn es wäre wirklich schade, wenn sie in Vergessenheit geriete.

An der Spitze des Lazarett in Westend stand ein Oberstabsarzt, der sich um das Befinden der Soldaten zwar nicht kümmerte, aber streng darauf achtete, daß die Nachtlische schön ausgerichtet, in gehärrigter und genau abgezierter Entfernung von den Betten und die Morgenschuhe unter den Betten in gerader Front standen. Unter den vielen von ihm zur Freude der kranken Soldaten erlassenen Verordnungen lautete eine so: „Wenn während der Mahlzeit der Oberstabsarzt, der Oberlazaretinspektor oder sonst ein Vorgesetzter das Lazarett betritt, ist während der Anwesenheit dieser Vorgesetzten der Kauakt zu unterbrechen. Die Soldaten würdigen natürlich nach Gebühr diese Verfügung, würdigen sich aber, daß nicht auch über eine anderen Art, der gerade bei Kranken häufig vorkommt, Bestimmungen erlassen werden bezüglich seiner Unterbrechung, wenn Vorgesetzte sich im Lazarettsaal befinden!“

Die Firma K. hat in dankenswerter Weise jene Verfügung des Herrn Oberstabsarztes, betreffend den verbotenen Kauakt, wieder aufgenommen. Vielleicht wird sie sie auch vervollständigen und das nachholen, woran der Herr Oberstabsarzt zu denken vergessen hatte, damit alles in Reih und Richtung ist.

Der Giftmord in Friedenau.

Die Täterin Rosa Gentschow bestreitet nach wie vor die Absicht der Tötung. Wahrscheinlich hat sie eine ganze Reihe von Verbrechen dieser Art, bei denen ihre Opfer mit dem Leben davonkamen, auf dem Kerbholz. In einem Falle gesteht sie auch die Mitwirkung eines Kaufmanns Arthur Knanowski, mit dem sie seit Jahren ein Liebesverhältnis unterhält. Mit diesem laurierte sie einem Herrn am Potsdamer Platz auf und fuhr mit ihm nach dessen Wohnung, während Knanowski auf dem Hinterperron mitfuhr und dann bis zur geeigneten Zeit draußen wartete. Sie wußte den Herrn, der sonst nicht trinkt, zu überreden, sich Viktor holen zu lassen und mischte ihm dann ebenfalls ein Betäubungsmittel in das Getränk. Als das Mittel nicht in dem Maße wirkte, wie sie erwartet hatte, ging sie unter einem Vorwande hinaus und ließ ihren Geliebten, der vor der Tür nicht so lange warten durfte, um nicht aufzufallen, heimlich ein. Dann gab sie dem Herrn einen Trank, von dem ihm sehr schlecht wurde. Unterdessen raffte ihre Geliebter alles Silberzeug zusammen und verschwand. Auf Knanowski wird gefahndet. Er soll sich augenblicklich in der Gegend von Danzig-Langfuhr aufhalten. Alle, die unter Anwendung von Betäubungsmitteln bedroht oder beraubt worden sind, werden jetzt zur weiteren Aufklärung dringend ersucht, sich bei dem Kriminalkommissar Engelbrocht oder Dr. Reimann im Polizeipräsidium zu melden.

Wegen 125 Mark vor dem Schwurgericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II hatte sich der Fahrfortenverkäufer S. aus Grünau zu verantworten. Bei der ersten Fahrpreiserhöhung der Eisenbahn hatte er Fahrkarten zurückbehalten, um sie nachher mit dem höheren Preisaufdruck zu ver-

laufen und die Differenz für sich zu verwenden. Es war damals die Bestimmung erlassen worden, daß bereits gekaufte Fahrkarten zum alten Preis bei den Fahrkartenschaltern zu dem neuen Preis umgetauscht werden können. Auf diese Weise hatte der Angeklagte 10 Kinderfahrkarten unterschlagen und dann den Erlös von 125 Mark für sich behalten. Er gab an, sich in großer Not befunden zu haben, da er die Ämter für ein uneheliches Kind von seinem Gehalt zu bezahlen habe. Er habe das Geld nicht für sich verwenden wollen, sondern auch vorkommende Defizite damit decken wollen. Der Vertreter der Anklage wies die Geschworenen darauf hin, daß sie vielleicht denken könnten, wegen 125 Mark sei es ziemlich überflüssig, einen derartig großen Apparat, wie es ein Schwurgericht ist, in Bewegung zu setzen. Es handelt sich jedoch im vorliegenden Falle um eine Angelegenheit von grundsätzlicher Wichtigkeit. Infolgedessen lege er den Geschworenen erstens die Frage wegen Amtsunterschlagung, zweitens wegen öffentlicher Urkundenfälschung und drittens wegen Betruges vor. Die erste Frage wurde von den Geschworenen verneint, die beiden anderen bejaht. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und 300 000 M. Geldstrafe. Das Gericht billigte aber dem Angeklagten mildernde Umstände zu mit Rücksicht auf seine bisher unbescholtene Beamtenlaufbahn und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis mit einer Bewährungsfrist von drei Jahren, wenn er innerhalb dieser Zeit 50 000 M. Buße an die Gerichtskasse gezahlt habe.

Der letzte Akt.

Die Tragödie einer unehelichen Mutter.

Die Schwurgerichtsverhandlung des Landgerichts I brachte den Schluß einer Tragödie, über die wir feinerzeit ausführlich berichteten. Es handelte sich um die Stütze Luise Bösch, die ihr drei Monate altes Kind in einem Anfall von Verzweiflung getötet hat.

Der Verlauf der Verhandlung gab noch einmal ein ergreifendes Bild einer Lage, die auch einem stärker vorantagten Menschen über den Kopf gewachsen wäre. Der Vorsitzende veranlaßte das Mädchen, noch einmal den Hergang zu erzählen. Bei diesem Anlaß zeigt sich sehr deutlich, daß sie während des Erzählens wieder in einen Zustand gerät, der dem der Tat sehr nahe kommt. Der vielsichtig begreiflichen, aber jedenfalls unverzeihlichen Härte und Lieblosigkeit der Eltern, besonders der Mutter, ist es zuzuschreiben, daß das Mädchen schließlich in eine Zwangslage kam, aus der sie nicht mehr aus noch ein machte. Sie betonte unter Weinen immer wieder, daß sie ihr Kind zärtlich geliebt habe und nie die Absicht hatte, es zu töten. Das Zeugnis ihrer Tante, der Frau Balzer, unterstreicht das Charakterbild dahin, daß die Angeklante ihrem Kinde außerordentlich zugetan gewesen sei und die Malschheit der Trennung, die dadurch entstehen würde, daß sie es in Pflege gab, sehr tief empfunden hat. Der Gerichtssachverständige Dr. Hirsch erklärt, daß der § 51 keine Anwendung finden könne, daß er jedoch unbedingt sagen muß, daß die freie Willensbestimmung gehemmt und das Verhalten der Angeklanten als einer minderwertigen Veranlagung entspringend anzusehen sei. Nach langer Beratung teilten die Geschworenen den Spruch mit. Sämtliche Schuldfragen werden verneint, was also den Freispruch der Angeklanten bedeutet. Der Angeklante, die von dem Freispruch heftig bewegt ist, wird vor ihrem Anwalt mitgeteilt, daß eine Familie sich bereit erklärt habe, sie zu sich zu nehmen.

Praktische Fürsorge.

Wir hatten in Nr. 69 des „Vorwärts“ vom 10. Februar über die Fürsorgefähigkeit des Bezirksamtes Friedrichshain berichtet und daran die Bemerkung geknüpft, daß es eigentlich zu bedauern sei, daß nicht alle Bezirksämter diesem Vorbild gefolgt sind. Wir erhielten nunmehr eine Zuschrift aus dem 20. Bezirk, in der es heißt: „Mit großem Interesse habe ich den Artikel über „Soziale Fürsorge im Bezirk Friedrichshain“ gelesen. Muß Ihnen aber mitteilen, daß nicht allein im Bezirk Friedrichshain, sondern auch schon andere Bezirke in diesem Sinne gehandelt haben. Ganz besonders der 20. Bezirk, welcher nicht allein für Lebensmittel, wie Reis, Bohnen, Linsen, Mehl, Zucker, Gries, Haferflocken, Büchsenmilch usw. gesorgt hat, sondern auch noch für billige Kleidungsstücke und Stiefel Sorge getragen hat. Der Ankauf fand bereits im Herbst statt und seit Anfang Dezember werden diese Dinge ununterbrochen verteilt. Ganz besonders haben sich in der hiesigen Fürsorge-

die Genossen Stadtrat Meyer und Stadtoberinspektor Teste hervorgetan. Alle in der Fürsorge stehenden Tüchtigen haben in treuer Arbeit das Ihrige getan, um die Not der Armen und Kranken zu lindern. Außerdem besteht noch ein auf dem russischen Friedhof in Wittenau-Borsigwalde erbautes Invalidenheim für russische Schwerverkriegsbeschädigter (heimatloser Russen), in dem 36 Schwerverkriegsbeschädigte Unterkunft gefunden haben.“

Wieder 200 M. flöten . . .

Die steht an der Haltestelle, die Elektrische. Der Wagenführer vorne, der Schaffner auf der hinteren Plattform (wo er selbst unter Wilhelm schon stand, weil dort bekanntlich kein Platz für ein Hohenzollerndenkmal war) und ein Fahrgast in der Mitte des Wagens. Der Schaffner reißt die Tür auf und ruft die Haltestelle aus, wie sich das so gehört. Die Passanten starren den Fahrgast an. „Donnerwetter, muß der Kerl da drin Geld haben.“ Wenn ihm kein Schneider begegnete, er hätte im Augenblick Kredit gehabt. Auch sein Schuster würde ihm wohl pumpen und der Hauswirt stundete sicher das Geld für die Müllabfuhr. Die Elektrische nimmt diese bewußte abwartende Stellung ein, die Beteiligte aufgeregt und ärgerlich zugleich macht. Von weitem kullert eine Frau heran und schreit: „He, hier, holt.“ Unterstufungsbereite finden sich im Nu, wie das stets der Fall ist, wenn die Unterstufung mit Radau verbunden sein kann. Ein Herr pfeift, ein Radfahrer klingelt, ein junges Mädchen schreit schüchtern, ein Schäferhund bellt. „He, Schaffner“ brüllt schließlich alles. Der gibt das vorchristumäßige Klingelzeichen, die Elektrische zieht knirschend an, um unbelästigt davonzufahren. Und für zwei Minuten ist mitten im Gewühl und Getriebe von Berlin, unter sich wildfremden Menschen nur ein Bepfrächstoff, und der lautet: „Schon wieder 200 Mark für die notleidende Straßenbahn flöten.“

Der Mord an dem Schuhwachtmeister Steiner ist noch nicht aufgeklärt. Die Obduktion der Leiche ergab, daß die drei Schüsse, die der Beamte aus unmittelbarer Nähe erhielt, Herz, Lunge und Leber zerrissen haben und alle drei tödlich waren. Wahrscheinlich haben beide Verbrecher geschossen. Nach den bisherigen Ermittlungen handelt es sich um zwei jüngere Männer. Ermittelt wurden mehrere Männer, die sich nach der Tat Beinverletzungen haben verbinden lassen. Keiner von diesen scheint aber bei dem Verbrechen beteiligt gewesen zu sein. Mitteilungen zur Aufklärung nehmen weiter die Kriminalkommissare Dr. Anuschat und Queise im Polizeipräsidium entgegen.

Einen graufigen Fund machte ein Oberwachmeister der Schutzpolizei, als er auf einem Dienstage den Übungsplatz Döberitz passierte. Etwa 300 Meter von der Straße Boddam-Glienide entfernt lagen die vollständig zerrissenen Leichen von drei Männern. Allem Anschein nach handelt es sich um Metallhammer, die ein Geschöß gefunden und beim Anmontieren zur Explosion gebracht hatten. Die Persönlichkeiten der drei konnten bisher nicht festgestellt werden.

Begen Beleidigung des deutschen Volkes wurde der Ingenieur Reimann vom Schöffengericht Berlin-Tempelhof zu sechs Monaten Gefängnis oder 15 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Reimann hatte in der Öffentlichkeit antäglich der Ruhebesetzung durch die Franzosen erklärt: „Die Deutschen sind alle Schweine.“ Bei der Verhandlung versuchte er, den Schutz des § 51 (Weißstranzheit) für sich in Anspruch zu nehmen.

Die ungeheizte Stadt- und Ringbahn. Die Reichsbahndirektion Berlin hat sich infolge der Befehle des Ruhrgebietes zu ihrem Bedauern genötigt gesehen, die Heizung der Stadt-, Ring- und Bororibahnzüge bis auf weiteres einzustellen, um die Kohlenbestände zu schonen. Da die Mehrzahl der Reisenden des Stadt-, Ring- und Borortverkehrs nur kurze Strecken abfährt, ist zu erwarten, daß diese durch die drohende Kohlenknappheit erzwungene Maßnahme um so mehr verstanden wird, als die damit verbundenen Unannehmlichkeiten gering schmelzen im Vergleich mit der Notlage der Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Die Einstellung der Heizung bedingt tatsächlich — entgegen einer vielverbreiteten Ansicht — eine fühlbare Ersparnis, da der gesamte Dampfdruck, von dem sonst ein Teil zur Heizung verbraucht wurde, nun restlos der Lokomotive verbleibt. Im übrigen glaubte die Reichsbahndirektion eine Einstellung der Heizung eher verantworten zu können, als etwa eine

(Nachdruck verboten. Der Wallf-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumpertz.

„Ich werde 'n bißchen schlafen“, meinte Chrisfield. Er streckte sich auf dem Gepäckhaufen am Ende des Wagens aus. Andrews sah in seiner Nähe und starrte auf seine schmutzigen Stiefel und fuhr mit seiner langen Hand, die jetzt genau so braun wie die Chrisfields war, dem Kameraden durch das helle, kurzgeschnittene Haar.

Chrisfield lag und sah aus halb geschlossenen Augen hinauf in das hagere Gesicht von Andrews, das sich scharf im Licht abhob, und er fühlte ein warmes Lächeln in seinem Innern, und er sagte zu sich selbst: das ist ein anständiger Kerl. Dann dachte er an den Frühling in Indianas Ebenen, an die Vögel, die im Mondlicht auf den blühenden Bäumen hinter dem Hause singen. Fast konnte er die schwere Süße der Azazienblüten riechen, genau so, wie vor langer, langer Zeit, als er auf der Treppe nach dem Abendbrot zu sitzen pflegte, ermüdet von der schweren Feldarbeit des Tages, während aus der Küche das Geräusch von der Hausarbeit seiner Mutter kam. Er wünschte nicht, wieder dort zu sein, aber es war angenehm, dann und wann einmal daran zu denken, wie das gelbe Farmhaus aussah und die rote Scheune und die kleinen, niedrigen Ställe, deren Schindeln immer abfielen. Ein dumpfes Stauern war in ihm, wie es wohl an der Front sein werde. Es konnte dort nicht grün und angenehm sein, so wie hier das Land war. Die Kameraden hatten ihm gesagt, es sei wie die Hölle dort draußen. Das war ihm aber alles gleichgültig. Dann schlief er ein.

Langsam wachte er auf. Das warme, angenehme Gefühl des Schlafes wich bald, und er fühlte sich steif und zerschlagen, da er auf einem unregelmäßig zusammengeschichteten Haufen von Gepäck mit den Nägeln einer Stiefelsohle in den Schultern gelegen hatte. Andrews sah noch genau so wie vorher in Gedanken verloren. Die übrigen standen an den offenen Türen oder lagen auf dem Gepäck herum.

Chrisfield stand auf, dehnte sich, gähnte und ging an die Tür, um hinauszuschauen. Ein schwerer, bedeutungsvoller Schritt war auf dem Kies draußen zu hören. Ein großer Mann mit schwarzen Augenbrauen, die über der Nase zusammenwuchsen, und einem ganz schwarzen, struppigen Bart, ging an der Tür vorbei. Die Abzeichen des Sergeanten waren auf seiner Uniform zu sehen.

„Sieh doch, Andy!“, schrie Chrisfield, „dieser Hurenkerl ist Sergeant.“

„Wer denn?“, fragte Andrews, stand lächelnd auf und schaute in Chrisfields schwarze Augen.

„Du weißt schon, wen ich meine.“

Chrisfields runde Backen waren über und über rot. Seine Augen stachen unter ihren großen schwarzen Lidern und seine Fäuste waren geballt.

„O, ich weiß, Chris. Ich dachte nicht, daß er in diesem Regiment sei.“

„Gott verfluche ihn“, murmelte Chrisfield leise und warf sich wieder auf sein Gepäck zurück.

„Halt die Kordare fest, Chris“, sagte Andrews. „Bielleicht müssen wir alle unsere Checks bald einlösen. . . Dann brauchen wir uns um solche Dinge nicht mehr Sorgen.“

Andrews streckte sich wieder neben Chrisfield aus. Nach einiger Zeit setzte sich der Zug lebhaft in Bewegung. Die Räder holpterten und stolpterten wieder über die Schienen, und die Schmutzkumpeln auf den splittigen Brettern des Bodens häpften auf und nieder.

Chrisfield legte den Kopf auf seinen Arm wie auf ein Kissen und schlief wieder ein, noch immer rot vor Mut und Aufregung. Andrews schaute durch die Finger hindurch in den schwarzen Güterwagen hinein, auf die Kameraden, die sich am Boden ausgestreckt hatten, deren Köpfe mit jeder Bewegung des Wagens hin und her gingen, er sah auf die graugrünen Wölken und die fehen glühenden blauen Himmels, die er hinter den Silhouetten der Köpfe und Schultern der an den Türen stehenden Soldaten erblicken konnte.

Die Räder rollten weiter, endlos.

Der Wagen hielt mit einem Ruck an, so daß alle aufwachten und einer von dem Ruck umfiel. Draußen tönte eine Pfeife schrill.

„Alles raus! . . . Raus! . . .“ jelpete der Sergeant.

Die Leute stiegen steif und frierend aus den Wagen und gaben das Gepäck von hand zu hand heraus, bis es einen wirren Haufen von durcheinander geworfenen Tornistern und Gewehren bildete.

„Alles aussteigen!“, schrie der Sergeant wieder.

Die Soldaten traten langsam an mit ihren Tornistern und Gewehren. Leutnants schwärmten herum in ihren steifen, eng anliegenden Uniformen. Schließlich kam das Kommando „Rühren!“, und die Soldaten lehnten sich auf ihre Gewehre und starrten unbeweglich hinaus. In der Ferne konnte man einen Laut hören, als ob irgend jemand nachlässig einen

eisernen Vorhang schüttele. Der Himmel war voll kleiner Flecken von Rot und Gelb, und die purpurne Abendröte stand hell über allem.

Der Marschbefehl kam. Sie marschierten eine ausgefahrene Straße hinunter, wo die Pflügen so tief waren, daß sie unaufhörlich die Marschreihen verlassen mußten, um überhaupt vorwärts zu kommen. In einem kleinen Fichtenwald an der Seite waren schwere Motorlastzüge und Munitionswagen aufgereiht. Das Abendessen wurde in einer Feldküche gekocht, die von den Wagenführern umstanden war. Hinter dem Walde zog sich die Kolonne auf einem Felde hin. In der Ferne war eine Gruppe Stein- und Stachhäuser zu sehen, deren Dächer zerstört waren. Auf dem Felde hielten sie an. Das Gras war glänzend grün, und die fernen Hügel hatten klare, tiefblaue Schatten. Kleine Schwaden milchblauen Nebels lagen über dem Feld.

„Kein Licht! Denkt daran, daß wir angesichts des Feindes sind. Ein Fündholz kann die ganze Abteilung vernichten.“ verkündete der Leutnant dramatisch, nachdem er den Befehl zum Aufbau der Schlafzelle gegeben hatte. Als die Zelte fertig waren, standen die Leute in dem kühlen weißen Nebel, der ständig dichter wurde, herum und aßen ihre kalten Rationen.

„Laß uns reingehen, Chris, ehe uns die Knochen einfrieren“, sagte Andrews.

Wachen waren aufgestellt worden und liefen auf und ab mit wichtigtuenden Schritten. Sie schauten einander an, forschten in den kleinen Wald hinein, wo die Wagenführer standen.

Chrisfield und Andrews krochen in ihr kleines Zelt, rollten sich in ihre Decken ein und rühten so nahe aneinander, wie nur möglich. Zuerst war es sehr kalt und hart, und sie zitterten lange vor Kälte, bis schließlich die Wärme ihrer Körper die dünnen Decken füllte. Andrews schlief zuerst ein, und Chrisfield lag und lauschte seinem tiefen Atem. Auf seinem Gesicht lag etwas sehr Jörniges. Er dachte an den Mann, der in Dijon an dem Zuge vorbeigegangen war. Das letztmal, als er diesen Mann, den Anderson, gesehen hatte, war im Uebungs-lager. Damals war er noch Korporal gewesen. Er erinnerte sich an den Tag, wo der Korporal wurde. Es war nicht lange vorher, daß Chrisfield in einer Nacht in den Baracken mit seinem Messer auf ihn losgegangen war. Einer hatte seine Hand gerade zur rechten Zeit zurückgehalten. Anderson hatte damals ein wenig bleich ausgesehen und war dann weggegangen. Doch er hatte seitdem nie mehr ein Wort mit Chrisfield gesprochen.

(Fortsetzung folgt.)

